

AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.



VERRATEN UND VERKAUFT.
JÜDISCHE UNTERNEHMEN IN BERLIN 1933–1945
Eine Ausstellung im Hauptgebäude der Humboldt-Universität

INHALT

- 2 **Editorial**
Christine Fischer-Defoy

- 4 **Rede des Berliner Staatssekretärs für Kultur auf der Eröffnung der Ausstellung „Verraten und verkauft. Jüdische Unternehmen in Berlin 1933-1945“**
André Schmitz

- 6 **Auszüge aus dem Besucherbuch der Ausstellung „Verraten und verkauft“**

- 7 **Dokumentation des Offenen Briefes an die Veranstalter der Schülerdemonstration**

- 9 **Patinnen und Paten für Stolpersteine für ehemalige Berliner Stadtverordnete gesucht**
Christine Kühnl-Sager

- 10 **Wenn das Erinnern etwas vergisst. Von den begrenzten Möglichkeiten einer Gedenktafel**
Henning Fischer

- 14 **Kunsthandel in Berlin 1933-1945. Eine Projektskizze**
Christine Fischer-Defoy

- 19 **Davos – die erste Station der Varian Fry-Wanderausstellung**
Angelika Meyer und Marion Neumann

- 20 **Rezension zu Anne Klein: Flüchtlingspolitik und Flüchtlingshilfe 1940-1942**
Angelika Meyer und Marion Neumann

- 22 **Rezension zu Heinz Eberhard Maul: Warum Japan keine Juden verfolgte**
Christiane Hoss

- 26 **Rezension zu Siegfried Mielke (Hg.): Gewerkschafterinnen im NS-Staat**
Marion Goers

- 28 **Nachruf Wolfgang Szepansky (1910-2008)**
Christine Fischer-Defoy

- 29 **Einladung zur Studienreise „Gedenken – Erinnern – Dokumentieren – Informieren. NS-Erinnerungspolitik in Nordbayern“ vom 21.-24. Mai 2009**

- 31 **Publikationen des Aktiven Museums**

- 32 **Impressum**

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,



Mit diesem 60. Rundbrief halten wir noch einmal Rückschau auf mehrere Ereignisse des zweiten Halbjahres 2008, insbesondere auf unsere vom 23. Oktober bis zum 13. Dezember im Foyer der Humboldt-Universität gezeigte Ausstellung „Verraten und verkauft“ über jüdische Gewerbeunternehmen in Berlin.

Wir dokumentieren die Rede des Staatssekretärs für Kultur, André Schmitz, anlässlich der Eröffnung, wie auch ausgewählte Einträge in das Besucherbuch und den Offenen Brief der Ausstellungs-AG an die Veranstalter der Schüler-Demonstration am 12. November. Von etwa tausend Demonstrationsteilnehmern wurde das HU-Hauptgebäude an diesem Tag gestürmt und dabei auch unsere Ausstellung zerstört. Nach fünf Tagen war auf Geheiß des HU-Präsidenten Christoph Marksches alles repariert und die erneuerten Tafeln konnten wieder gezeigt werden, die Ausstellung wurde bis Mitte Dezember verlängert und von großem medialen und Publikums-Interesse begleitet.

Anders als der HU-Präsident aber, der den Angriff auf die Ausstellung als „planmäßigen“ antisemitischen Akt bewertete, sprach sich die Mitgliederversammlung des Vereins, die zufälligerweise just am 13. November, also am Tag nach der Zerstörung, in einem Raum des

HU-Hauptgebäudes tagte, für eine vorsichtigere Bewertung aus und plädierte für einen Dialog mit den verantwortlichen Schülervertretungen. So wurde bei einer Führung durch die wiederhergestellte Ausstellung mit anschließendem Gespräch Anfang Dezember ein Austausch begonnen, der im Januar fortgesetzt werden wird. Auf Anregung einiger Schüler hin könnten Schüler-AGs die Geschichte von jüdischen Unternehmen in der Nähe der jeweiligen Schulen erforschen.

Das Landesarchiv Berlin hat erfreulicherweise beschlossen, unsere Ausstellung ab März 2009 in den Räumlichkeiten dort erneut zu präsentieren, so dass es auch seitens der Schulen die Möglichkeit gibt, thematisch durch einen Ausstellungsbesuch noch einmal anzuknüpfen. Bis dahin soll dann auch der Katalog wieder erhältlich sein, der mittlerweile vergriffen ist.

Auch andere Projekte des Vereins haben Eingang in diese Ausgabe gefunden:

Christine Kühnl-Sager berichtet über den Stand der Dinge bei der Verlegung von „Stolpersteinen“ für ermordete Berliner Stadtverordnete. Inzwischen ist etwa ein Drittel der Steine bereits verlegt, noch werden aber weitere Unterstützer gesucht.

Henning Fischer, der an der Humboldt-Universität Geschichte studiert, setzt sich in seinem Beitrag mit der Berliner Gedenktafelpolitik im Hinblick auf Personen oder Orte der NS-Verfolgung auseinander. Er hat während seines Praktikums im Aktiven Museum die seit unserem letzten Gedenktafelbuch in Berlin angebrachten Tafeln erfasst und ein Konzept für die Präsentation aller NS-bezogenen Gedenktafeln im Internet mit erarbeitet.

Wir präsentieren in diesem Heft eine erste Projektskizze für unser nächstes größeres Ausstellungsprojekt über den „Berliner Kunsthandel 1933-1945“. In den kommenden Wochen werden wir hierzu eine Ausstellungs-AG bilden, zu der Interessierte herzlich eingeladen sind.

Angelika Meyer und Marion Neumann reisten mit dem nun als Wanderausstellung verfügbaren Projekt „Ohne zu zögern. Varian Fry: Berlin – Marseille – New York“ zu den Davoser Literatur- und Kulturtagen und berichten in diesem Heft. Diese Wanderausstellung kann ab sofort über die Geschäftsstelle des Aktiven Museums ausgeliehen werden.

Wie immer gibt es einige Buchrezensionen, diesmal von Marion Neumann und Angelika Meyer über die Veröffentlichung von Anne Klein zu Varian Fry, von Christiane Hoss über ein Buch zur Frage, warum Japan keine Juden verfolgte und von Marion Goers über Gewerkschafterinnen im Widerstand.

Schließlich würdigt ein Nachruf unser langjähriges Mitglied Wolfgang Szepansky, der vor einigen Monaten verstarb.

Die Ausstellung „Haymatloz – Exil in der Türkei 1933-1945“ wurde mit großem Erfolg im Oktober und November anlässlich der Buchmesse mit dem diesjährigen Gastland Türkei in der Stadtbibliothek von Frankfurt/Main und dem Hauptgebäude der IG Metall, ebenfalls in Frankfurt, gezeigt. Vorher war der Katalog neu aufgelegt worden.

Nachdem die schweren Tafeln der durch Jahre des Wanderns am Ende doch ramponierten Ausstellung nun in der Ernst-Reuter-Schule in Frankfurt verbleiben, wurde eine neue, leicht transportable Version produziert, die erstmals ab dem 20. Januar 2009 in der Alfred-Toepfer-Stiftung in Hamburg gezeigt werden wird. Weitere Stationen in diesem Jahr werden voraussichtlich Esslingen und ab dem Spätsommer das August-Bebel-Institut in Berlin sein.

Zu guter Letzt laden wir bereits jetzt alle Interessierten zu einer gemeinsamen Bildungsreise vom 21. bis 24. Mai 2009 (Himmelfahrt) mit Martin Becher nach Nürnberg und Umgebung ein (siehe S. 29f.). Auf dem Programm steht auch die Besichtigung der neuen Dauerausstellung der Gedenkstätte in Flossenbürg und des „Dokumentationszentrums Reichsparteitags-

gelände“ in Nürnberg sowie der Dauerausstellung im Deutsche Bahn Museum (in der sich die Bahn auch mit ihrer Rolle im Nationalsozialismus auseinandersetzt) und beispielhaft für die Erinnerungsarbeit einer Kleinstadt der Besuch der ehemaligen Synagoge in Altenkunstadt.

Allen Mitgliedern und Freunden des Vereins wünschen wir ein friedliches, aktives und erfolgreiches Jahr 2009.

Christine Fischer-Defoy

PS.:

Übrigens erreichte uns auf den Text „Keine Insel der Seligen“ von Reiner Möckelmann (Rundbrief 59, S. 38) hin eine Zuschrift von Cornelius Bischoff, der darum bittet, richtig zu stellen, dass er nicht, wie dort behauptet, Sohn eines jüdischen Exilanten sei. „Ich bin der katholisch getaufte [...] Sohn eines astrein arischen Nordfriesen aus Hamburg und einer sephardischen Mutter aus Istanbul. Ich bitte Sie, in Ihrer nächsten Ausgabe Ihre Leser darauf hinzuweisen.“ Was wir hiermit gerne tun.

„AUS DER SYSTEMATISCHEN ZERSTÖRUNG JÜDISCHER BETRIEBE UND DER VERTREIBUNG IHRER EIGENTÜMER HABEN VIELE IHREN NUTZEN GEZOGEN.“

Rede des Berliner Staatssekretärs für Kultur auf der Eröffnung der Ausstellung „Verraten und verkauft. Jüdische Unternehmen in Berlin 1933-1945“ am 23. Oktober 2008 im Senatsaal der Humboldt-Universität zu Berlin



Als die Berliner Kulturverwaltung vom Europa-Center nach Berlin-Mitte in die Brunnenstraße 188 zog, ließ der damalige Kultursenator Ulrich Roloff-Momin im Foyer des Hauses eine Tafel aufhängen, auf der Folgendes steht:

„In diesem Haus war der Stammsitz der Firma Gebrüder Weinberger, der seinerzeit bedeutendsten Lebensmittelgroßhandlung Berlins. 1936 wurden das

Unternehmen und seine Tochterfirmen von den Nationalsozialisten zerschlagen und seine jüdischen Inhaber aus Deutschland vertrieben.“

Was hier mit der Firma Weinberger geschah, war kein Einzelfall, sondern Teil einer systematischen Enteignung und Vertreibung jüdischer Geschäftsleute in Berlin und in ganz Deutschland. Im Rahmen eines Forschungsprojektes beim Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Humboldt-Universität wurde das Berliner Handelsregister der Jahre zwischen 1931 und 1941 ausgewertet. Allein in diesem Zeitraum konnten 5.600 derartige Betriebe ausfindig gemacht werden. Die Gesamtzahl wird derzeit auf über 9.000 geschätzt. Hinter allen diesen Betrieben stehen menschliche Schicksale und Existenzen. Stehen Menschen, die alles verloren haben, was sie besaßen – Vermögen, Arbeit, Heimat, Familie, Gesundheit, viele auch ihr Leben. Diese Betriebe stehen aber auch für prägende Bestandteile des Wirtschaftslebens der Reichshauptstadt, für Innovation und wirtschaftlichen Erfolg, ohne die der Aufstieg Berlins zu einem europäischen Wirtschaftszentrum und einer herausragenden Kulturmetropole nicht denkbar gewesen wäre.

Die Lebensmittelgroßhandlung Gebr. Weinberger, die aus eigener Fabrikation über 8.000 kleine Milch- und Butterhandlungen mit mehr als 50 Lastwagen belieferte, betrieb unter der Firma Otto Thürmann auch eine eigene Lebensmitteleinzelhandelskette. Nach einer Attacke des NS-Organs „Der Angriff“ kam es für das Unternehmen zu einem Lieferboykott verschiedener Molkereien und zu einer drastischen Verringerung der Zuteilung von Fetten und Schmalz. Salomon, einer der Weinberger-Brüder, hatte inzwischen die polnische Staatsangehörigkeit angenommen und versuchte, von der polnischen Botschaft Unterstützung zu erhalten, die auch gewährt wurde. Da gleichzeitig die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) der nichtjüdischen Konkurrenz angeboten hatte, in die Kontingente der jüdischen Firma einzutreten, wenn sie ihrerseits die nichtjüdischen Mitarbeiter übernehmen würden, verschärfte sich die Situation dramatisch. Die DAF nötigte die Mitarbeiter, ihre Stellung zu verlassen und die nichtjüdischen Butterhändler übernahmen mehr als zwei Drittel des

Personals – und die Abnehmer. Gleichzeitig wurde die Firma Weinberger von der Zuteilung ausländischer Butter ausgeschlossen, so dass sie keine Basis für ihre Geschäftstätigkeit mehr hatte. Nun waren die Brüder gezwungen, weit unter Wert ihre Otto Thürmann GmbH an die Otto Reichelt GmbH zu verkaufen, wo sie heute noch als Hausbäckerei und in eigenen Filialen tätig ist.

Am 6. März untersagte der Polizeipräsident Hellendorf dem umgruppierten Restunternehmen den Handel mit Lebensmitteln und räumte ihnen gleichzeitig 3 (!) Tage Frist für die Abwicklung der Geschäftstätigkeit ein. Trotz der Intervention der polnischen Botschaft wurden die Brüder am 9. April 1936 unter dem Vorwurf des Etikettenschwindels in Untersuchungshaft genommen. Gegen die Zusage, auch das restliche Unternehmen zu liquidieren, wurden sie nach dreimonatiger Haft entlassen. Dort fanden sie ein mehrfach durchsuchtes und geplündertes Haus in der Brunnenstraße vor. Vor seiner Emigration vollzog Salomon Weinberger die Liquidation des Unternehmens, das am 19. Juni 1939 aus dem Handelsregister gelöscht wurde.

Aus der systematischen Zerstörung jüdischer Betriebe und der Vertreibung ihrer Eigentümer haben viele ihren Nutzen gezogen, teilweise auch bis zum heutigen Tag. All dies geschah unter aller Augen und mit dramatischen Folgen – auch für Nicht-Juden. Zufriedene Kunden verloren ihren Lieferanten, Arbeitnehmer ihre Stellung nur deshalb, weil das System jüdischen Menschen die Basis ihrer Existenz entziehen wollte. NS-Organisationen griffen rechtswidrig in das Wirtschaftsgeschehen ein und verschoben ganze Unternehmen an Parteigenossen oder sonstige Dritte. Basis für die erzwungenen Verkäufe war in aller Regel nicht der Marktwert, bestenfalls der abgestürzte, nachdem alle Boykottmaßnahmen ihre Wirkung gezeigt hatten.

Wo die Dreistigkeit der NS-Stellen nicht reichte, um jüdische Unternehmen in die Knie zu zwingen, wurde auch zunehmend Gewalt angewendet, die Reichspogromnacht ist dafür nur das bekannteste kollektive Beispiel, aber nicht das einzige. [...]

Dank sagen möchte ich dem Projekt „Verraten und Verkauft. Jüdische Unternehmen in Berlin 1933-1945“ – und hier stellvertretend Kaspar Nürnberg und Christoph Kreuzmüller, wohl wissend, dass sowohl in der Arbeitsgruppe wie darüber hinaus viele weitere zu nennen wären. „Grabe, wo Du stehst“ ist das Motto des Aktiven Museums, das aufbauend auf den Forschungsarbeiten der Humboldt-Universität wieder ein Stück Zeitgeschichte lebendig werden lässt und uns zum 70. Jahrestag der Reichspogromnacht vor Augen führt, dass es nach wie vor auch zur Geschichte des NS-Regimes und ihrer Opfer großen Forschungsbedarf gibt. Auch 63 Jahre nach Kriegsende und Befreiung von der Hitler-Diktatur gibt es noch viel zu zeigen und zu erinnern. Ich bin sehr froh und dankbar, dass das Aktive Museum und viele andere Vereinigungen und Institute am Thema dranbleiben und uns immer neue, auch überraschende Facetten und Erkenntnisse vermitteln.

Dank auch an den Hausherrn für die Aufnahme dieser Ausstellung wie auch für die Forschungsarbeit des Lehrstuhls für Zeitgeschichte sowie dem Hauptstadtkulturfonds, ohne dessen Förderung diese Ausstellung nicht hätte gezeigt werden können.

Last but not least ist den Gestalterinnen der Ausstellung Bettina Kubanek und Petra Müller zu danken, die schon die Ausstellung für die verfolgten Berliner Stadtverordneten im Berliner Rathaus so eindrucksvoll zu präsentieren wussten.

Ich wünsche der Ausstellung ein zahlreiches Publikum und allen weiteren Besucherinnen und Besuchern spannende Begegnungen mit diesem besonderen Aspekt der Zeit- und Wirtschaftsgeschichte unserer Stadt.

André Schmitz

AUSZÜGE AUS DEM BESUCHERBUCH DER AUSSTELLUNG „VERRATEN UND VERKAUFT“, IN DEM AUCH DIE ZERSTÖRUNG IM RAHMEN DER BILDUNGSDEMONSTRATION AM 12. NOVEMBER WIDERHALL FAND.

Sehr wichtige Ausstellung, dient mir als Motivation bei Spaziergängen diese Stätten aufzusuchen. Manche Spur liegt direkt vor der Tür. *(Elke Sch., 31.10.2008)*

Vielen Dank für diese Ausstellung (und die zugrunde liegenden Recherchen) – so mancher Ort in Berlin erhält dadurch sein besonderes Gesicht. *(Klaus B., 1.11.2008)*

Armes, armes Deutschland, in dem die Demonstranten nicht recht zu wissen scheinen gegen wen sie demonstrieren, wofür und wer ihre wahren Feinde sind. *(J.K., 13.11.2008)*

Total bescheuert: Eine „Anarchistische Jugendgruppe“ zerstört eine Ausstellung über die Judenverfolgung! *(13.11.2008)*

Wo auch immer sich jene Jugendlichen einordnen mögen, die meinten, hier ein Exempel statuieren zu müssen, ist ganz gleich. Sie haben nur bewiesen, dass wir viele blindwütige Ignoranten unter ihnen annehmen müssen. Vielleicht wäre die Teilnahme am Ethikunterricht ein Anfang, um ihre Stumpfheit zu lösen. Es ist aber nur das Individuum selbst jeweils gefragt, zu lesen und wahrzunehmen, zu lernen – oder eben blind durch's Leben zu gehen. *(A.P., Studierende an der HU, 13.11.2008)*

Was hier mit dieser Ausstellung passiert ist, stimmt mich wütend und traurig. Gleichzeitig wird es mich und vielleicht noch Andere motivieren, gegen solche fehlgeleiteten Aktionen zu arbeiten, aufzuklären, Argumente zu erhellen und den Sinn und Unsinn mancher Debatten und ihrer Verknüpfung

mit Taten zu beleuchten. Hoffentlich gelingt dies. *(Kerstin K., 14.11.2008)*

Hi Leute, wir wollten Bildungsblockaden einreißen und keine Ausstellung demolieren, als wir für den 12. November zum bundesweiten Schulstreik aufriefen. Wir bedauern zutiefst, was hier passiert ist. *(Benni von Bildungsblockaden einreißen! Berlin, 14.11.2008)*

Es wäre, denke ich, besser gewesen, die beschädigten Teile der Ausstellung nicht durch neue Drucke zu ersetzen. Sie sollten natürlich repariert werden, so dass sie wieder lesbar sind. [...] Der pädagogische Wert der Ausstellung wäre dadurch nur gestiegen, auch ihre ästhetische Wirkung. *(Alexander F., 17.11.2008)*

Es bleibt zu hoffen, dass diejenigen, die jetzt so sehr auf jugendliche „Antisemiten“ einschlagen, diesen Mut auch dann besitzen, wenn es einmal wirklich auf Courage ankommt. *(Friedrich U., 18.11.2008)*

Ich wollte die Ausstellung am 12.11. gegen 14.00 sehen und war entsetzt über das Chaos und die wohl gerade eben angerichtete Zerstörung. So viel Ignoranz und Aggressivität macht betroffen. SchülerInnen, die für Bildung demonstrieren, sollten darauf achten, wer in ihren Reihen ist, und da demonstrieren, wo so eine Demo hingehört. *(Mona K., 19.11.2008)*

Eine wichtige Ausstellung. Die Beschädigung bei der Schülerdemo zeigt, wie wichtig Toleranz ist und unbedingt durch Ausstellungen wie diese gezeigt wird, zu was Intoleranz führt. *(26.11.2008)*

Schande über diese Barbaren jugendlichen Alters, die nicht gelernt und nichts verstanden haben. Es gibt keine Entschuldigung für die Ausschreitungen und Zerstörungen am 12. November. Da sie sich offensichtlich nicht schämen mögen, schäme ich mich für sie. Die Ausstellung ist ausgezeichnet – danke für die Verlängerung. *(G.L., Sindelfingen, 1.12.2008)*

Das war nicht beabsichtigt, das war einfach ein großes Gedränge, ich habe es gesehen. *(1.12.2008)*

Wir sind gerade hier und gucken uns die gelungene Ausstellung an! Wir selber waren auch bei der Demo dabei, aber nicht mit dem Gedanken daran etwas zu demolieren! Natürlich waren diese Ausschreitungen unmöglich. Wir meinen aber, dass man diese Schuld nicht allen Schülern unterschlagen sollte und nur, weil sie für eine bessere Bildung in Deutschland kämpfen, sie für dumm zu bezeichnen! Natürlich ist die Empörung verständlich, aber es ist unter der Würde zu behaupten, dass wir nicht wüssten, wofür wir demonstrieren und zu sagen wir würden nur unsere gestauten Aggressionen auslassen, nur den Willen haben, zu randalieren. (1.12.2008)

Warum dokumentieren Sie nicht die Zerstörungen durch die randalierenden Schüler? Sind die Assoziationen zu unangenehm? (Klaus F., 1.12.2008)

Eine sehr schöne Ausstellung. Jedoch sollte man bei allem Unmut bedenken – es hätte auch eine Ausstellung über tibetanische, unter Wasser strickende taubstumme Nonnen oder eine Berliner Currywurstbude sein können, die während der Demo zerstört wurde. Es kommt darauf an, dass die Leute darüber reden – und sie wieder aufgebaut haben. Nicht [darauf,] dass ein paar Idioten in blinder Wut alles zerschlagen hätten was da hängen mag. In diesem Sinne: cool down. (3.12.2008)

Wirtschaftsgeschichte konkret gemacht, sehr anschaulich und informativ. Glückwunsch an alle Beteiligten! (Susanne H., 9.12.2008)

Und wann sehen wir diese Ausstellung in der Industrie- und Handelskammer? (M.B., 12.12.2008)

„EIN AKT MANGELNDER SENSIBILITÄT UND GESCHICHTSPOLITISCHER VERANTWORTUNGSLOSIGKEIT“

Offener Brief an die Veranstalter der Berliner Schülerdemonstration am 12. November 2008



Liebe Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten,

mit Bestürzung haben wir darauf reagiert, dass unsere Ausstellung „Verraten und Verkauft. Jüdische Unternehmen in Berlin 1933-1945“ durch Teilnehmer der von Ihnen veranstalteten Demonstration am Mittwoch, den 12. November 2008, in der Humboldt-Universität weitgehend zerstört worden ist.

Wir bedanken uns gleichzeitig für den an uns gerichteten Offenen Brief wenigstens einer der Mitveranstalter,



nämlich der SchülerInnen-Initiative „Bildungsblockaden einreißen!“, in dem die Beschädigung verurteilt und angeboten wurde, „einen Beitrag zum Wiederaufbau der Ausstellung zu leisten oder anderweitig den entstandenen Schaden wieder gutzumachen“.

Die Forderungen und Ziele der Schülerdemonstration nach mehr Geld für Bildung und einer besseren Ausstattung der Schulen finden unsere volle Unterstützung. Ebenjene Forderungen haben aber durch diesen Akt des Vandalismus in der Öffentlichkeit schweren Schaden genommen.

Die im HU-Foyer anlässlich des 70. Jahrestages der Novemberpogrome von 1938 gezeigte Ausstellung dokumentiert anhand von sechzehn Beispielen die Geschichte jüdischer Gewerbetreibender in Berlin, ihre Diskriminierung und Verfolgung sowie ihre Gegenstrategien in der Zeit des Nationalsozialismus. Eingerahmt werden diese Unternehmensgeschichten von zwölf Bildern der Boykottmaßnahmen und der Zerstörungen von Geschäften zwischen 1933 und 1938.

Die Ausstellung, die in der Presse vielfach irreführend als „jüdische Ausstellung“ oder „Juden-Ausstellung“ bezeichnet wird, wurde gemeinsam von Studierenden und Mitarbeitern des Forschungsprojektes „Ausgrenzungsprozesse und Überlebensstrategien. Kleine und mittlere jüdische Gewerbeunternehmen 1930/31-1945“ am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Humboldt-Universität und Mitgliedern des Vereins Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin erarbeitet. Es geht den Beteiligten darum, Ereignisse der Verfolgung in der NS-Zeit in Berlin zu verorten und bisher weitgehend vergessene oder verdrängte Geschichten kleinerer und mittlerer jüdischer Unternehmen ins heutige Bewusstsein zurück zu holen.

Ganz unabhängig davon, ob sich der Verdacht, dass es auch antisemitische Motive für den Angriff gegeben hat, erhärten wird, bleibt festzuhalten: die Zerstörung war in jedem Fall ein Akt mangelnder Sensibilität und geschichtspolitischer Verantwortungslosigkeit. Es erschreckt uns in diesem Zusammenhang, dass offensichtlich zu wenige unter den Schülern die Zivilcourage hatten, dieses Zerstörungswerk einiger weniger Demonstranten zu verhindern.

Um über die Vorfälle miteinander ins Gespräch zu kommen, möchten wir die an der Demonstration beteiligten Veranstalter hiermit gerne in der nächsten Zeit zu einer Führung durch die wieder hergestellte Ausstellung, deren Laufzeit bis zum 13. Dezember verlängert wurde, mit anschließendem Gespräch einladen.

Mit freundlichen Grüßen

Die gemeinsame Ausstellungs-AG des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. und des Forschungsprojektes „Ausgrenzungsprozesse und Überlebensstrategien. Kleine und mittlere jüdische Gewerbeunternehmen in Berlin 1930/31-1945“ am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin

Berlin, am 17. November 2008

IMMER NOCH PATINNEN UND PATEN FÜR STOLPERSTEINE FÜR EHEMALIGE BERLINER STADTVERORDNETE GESUCHT



„Justizgebäude Stuttgart, Urbanstr. 18, nördlicher Lichthof, 1. Juni 1943, morgens 5.00 Uhr – die Hinrichtungen dieses Tages beginnen. Alle drei Minuten wird ein Verurteilter enthauptet. Die ersten sind zwei Deutsche, vom Stuttgarter Sondergericht als ‚Volksschädlinge‘ verurteilt. Es folgen fünfzehn tschechische und vier elsässische Widerstandskämpfer, Opfer des Volksgerichtshofes in Berlin. Dann wieder ‚Volksschädlinge‘, diesmal von den Sondergerichten Mannheim und Freiburg. Am Ende fünf Männer, die ein Wehrmachtsgesetz wegen Fahnenflucht verurteilt hat. Um 6.45 Uhr sind 34 Menschen hingerichtet.“ (zit. nach Fritz Endemann: Nationalsozialistische Strafjustiz in Stuttgart, in: Schwäbische Heimat 4/1991) Im Abstand von wenigen Wochen fanden hier seit Anfang 1942 Hinrichtungen statt, meistens 20 Menschen an jedem dieser Hinrichtungstage, bis das Justizgebäude in der Nacht vom 12. zum 13. September 1944 durch alliierte Bomben zerstört wurde. Nach den Hinrichtungen wurde das Schafott abgebaut – der Hof sah ab 7.00 Uhr morgens wieder ganz harmlos aus.

Auch Erich Gentsch wurde an diesem Ort ermordet, am 24. August 1944, nachdem er auf dem Schafott

„Nieder mit Hitler“ gerufen hatte. Der 1893 geborene Gentsch war seit 1919 KPD-Mitglied, wurde 1920 in den Betriebsrat von Daimler in Stuttgart gewählt und war zeitweilig Redakteur der „Roten Fahne“. Nach verschiedenen anderen Tätigkeiten übernahm er 1930 die Leitung der Revolutionären Gewerkschafts-



Opposition (RGO) Berlin-Brandenburg. Im März 1933 wurde Gentsch als Stadtverordneter gewählt, konnte aber, wie alle Kommunisten, das Mandat nicht antreten. Er arbeitete im Widerstand in Frankreich, der Tschechoslowakei und schließlich – unter falschem Namen – in den Niederlanden, wo er 1943 verhaftet wurde. Der „Volksgerichtshof“ verurteilte ihn im Juni 1944 zum Tode, die Hinrichtung erfolgte zwei Monate später.

Seit dem 17. November 2008 liegt in der Mariendorfer Äneasstraße 8, der letzten Berliner Adresse von Erich Gentsch, zum Andenken an ihn ein Stolperstein.

Für den 1883 geborenen Sozialdemokraten Fritz Thurm wurde der Stolperstein am 5. Juli 2008 in der Kreuzzigerstraße 28 in Friedrichshain verlegt. Thurm war in der Weimarer Republik von 1920 bis 1926 Stadtverordneter und besoldeter Stadtrat in Lichtenberg, wo er bis 1933 auch Kreisvorsitzender der SPD war. Nach mehreren Verhaftungen kam er 1936 für 15 Monate in das Konzentrationslager Lichtenburg. Kurz nach der Entlassung starb er am 23. Juni 1937 an den Folgen der schweren Misshandlungen.

Die Einäscherung im Krematorium Baumschulenweg am 17. Juni 1937 „wurde gemeinsam mit einem Beauftragten des Bezirksbürgermeisters von Lichtenberg, Pg. Behaghel überwacht. Außer den Hinterbliebenen des Toten waren etwa 200 bis 250 Trauergäste anwesend, bei denen es sich ausschließlich um die SPD-Gesinnungsfreunde des Verstorbenen handelte.“

Der Spitzelbericht der Geheimen Staatspolizei über die Trauerfeier zählt dann namentlich acht „ehemals sozialdemokratische Stadtbeamte“ auf und berichtet weiter: „Als Redner sprach der ehemalige SPD-Stadtrat Klüsener. [...] Er schloss etwa mit den Worten: ‚Wenn alle seine zurückgebliebenen Freunde, so wie er es getan hat, in Not und Leid zusammenstehen und sich gegenseitig die Treue halten, dann wäre dies im Sinne des Verstorbenen und sein schönster Lohn, denn er kämpfte für die Nächstenliebe und für die Menschlichkeit – wollen wir ihm nacheifern.“ (zitiert aus einem Dokument des Bundesarchivs, das Hans-Rainer Sandvoß freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat)

Fritz Thurm und Erich Gentsch sind zwei der ehemaligen Berliner Stadtverordneten und Magistratsmitglieder, derer in dem Buch „Vor die Tür gesetzt“ gedacht wird. Sie gehören zu den 44 von ihnen, die in der Zeit des Nationalsozialismus ermordet wurden oder an den Folgen von Misshandlungen starben. Diese mit einem Stolperstein zu ehren, ist ein Vorhaben des Aktiven Museums, das unsere Aktivitäten zur Ausstellung „Vor die Tür gesetzt“ fortsetzt. 14 Stolpersteine wurden bisher verlegt, weitere werden im kommenden Jahr folgen. Für einige Stolpersteine suchen wir noch Spenderinnen und Spender, die Namensliste liegt in unserer Geschäftsstelle aus.

Bei einer Veranstaltung im Sommer 2009 wollen wir die Stolpersteine in feierlichem Rahmen einweihen.

Christine Kühnl-Sager

Christine Kühnl-Sager ist stellvertretende Vorsitzende des Aktiven Museums.

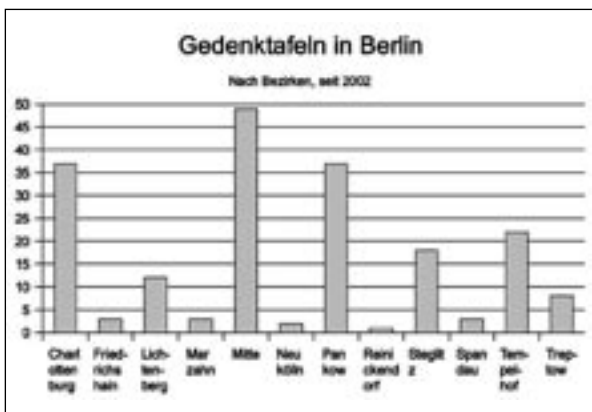
WENN DAS ERINNERN ETWAS VERGISST

Von den begrenzten Möglichkeiten einer Gedenktafel

Auf der Internetseite des Aktiven Museums wird die politische Aufgabe von Gedenktafeln an die Zeit des Nationalsozialismus beschrieben. Diese sollten als „Erinnerungszeichen“ die „authentische[n] Orte“ kennzeichnen, um so im Stadtbild die Schrecken gegenwärtig zu halten. Die nachfolgenden Generationen werden so im Alltag an vermeintlich unschuldigen Orten mit der deutschen Vergangenheit von „Volksgemeinschaft“, Zweitem Weltkrieg und Auschwitz konfrontiert. Die schlichte Präsenz der Tafel, die an die Deportierte oder den Exilanten erinnert, scheint so zum Nadelstich gegen den Schlussstrich zu werden. Aber können wir uns darauf verlassen? Oder ist vielleicht mit der Gedenktafel allein noch nicht viel gewonnen, wenn sie z.B. mehr verschweigt als benennt?

Im Rahmen meines Praktikums beim Aktiven Museum habe ich versucht zu recherchieren, wie viele Gedenktafeln an die Zeit des Nationalsozialismus es in Berlin gerade gibt, wie ihr Zustand ist und was ihr Inhalt. Diese Recherche schließt an die Publikationen des Aktiven Museums zu Berliner Gedenktafeln an, soll aber im Ergebnis die Form einer Internetseite annehmen. Dort werden die Gedenktafeln mit Foto und Hintergrundinformation zu sehen sein. Außerdem sind dann auf Stadtkarten der Berliner Bezirke die Positionen der Tafeln markiert und per Suchfunktion werden Namen, Orte und Straßen recherchierbar. So werden die über Berlin verstreuten Tafeln insgesamt sichtbar und für Schulen, Initiativen und Individuen auf zeitgemäße Art zugänglich. Es entsteht ein virtuelles Findbuch von im Stadtbild real vorhandenen Erinnerungsorten.

Bei der Dokumentation der Gedenktafeln, die seit der letzten publizierten Bestandsaufnahme des Aktiven Museums im Jahr 2001 dazu gekommen sind, fiel vor



allein eines auf: die ungleiche zahlenmäßige Verteilung über die Berliner Bezirke und die unterschiedlichen Färbungen der Texte auf den Tafeln. Vor allem die vier Berliner Bezirke mit „Gedenktafel-Kommissionen“ haben eine rege Aktivität entfaltet, woanders dagegen lassen sich die neuen Tafeln an fünf Fingern abzählen.

Beide Umstände lassen sich darauf zurückführen, dass Erinnerung alles andere als „authentisch“ ist, sondern ein von den Absichten und Kontexten der Gegenwart bestimmtes soziales Konstrukt. Der französische Soziologe Maurice Halbwachs, der dann 1945 im Konzentrationslager Buchenwald umgebracht wurde, bestimmte die Art von Erinnerung, wie sie sich auch in staatlicher (Gedenktafel-Kommission) oder zivilgesellschaftlicher (Aktives Museum) Gedenktafelpolitik ausdrückt, als „Rekonstruktion der Vergangenheit im Licht der Gegenwart“. Wenn Bezirke also Gedenktafeln anbringen (oder auch nicht), und diese mit Text versehen, ist dieses aktuelle Geschichtspolitik und keine schlichte Markierung „authentischer Orte“. Das allein sagt noch nichts über den Charakter dieser Geschichtspolitik aus, sondern soll erst einmal festhalten, dass Anzahl, Form und Inhalt von Berliner Gedenktafeln – wie viele andere Materialisierungen deutscher Erinnerung (z.B. das „Holocaust-Mahnmal“ in Berlin) – Teil heißer Kämpfe um Deutungshoheit sind.

Wenn Erinnerungspolitik die Form von Gedenktafeln annimmt, hat sie zunächst mit dem Problem des begrenzten Platzes zu kämpfen. Gedenktafeln bieten meist nur Raum für wenige Zeilen Text. Dies scheint,

wie noch an Beispielen zu zeigen sein wird, einer verkürzten Sicht auf Geschichte und Gesellschaft in die Hände zu spielen, während es die Ausbreitung und Erklärung von komplexen Zuständen und historischen Kontexten eher erschwert. Der Umgang mit Gedenktafeln sollte also von der „Ambivalenz der Erinnerung“ (Zygmunt Bauman) wissen. Danach ist die schlichte Existenz von bewusster Erinnerung, auch wenn sie eindeutig nicht apologetisch ist, noch keine Garantie für ihren richtigen politischen Charakter. Erinnerung – und Erinnerungspolitik – ist immer geprägt von der unbewussten oder bewussten Agenda der Erinnernden. Das ist sicherlich keine Neuigkeit, schließlich ist z.B. die erinnerungspolitische Agenda des Aktiven Museums klar. Die Gefahren einer Erinnerungspolitik, die auf 50 x 50 cm Metallplatte „verkürzt“ ist, sollten aber immer im Auge behalten werden.

Seit 2002 sind etwa 200 Tafeln in Berlin angebracht worden, die an Opfer oder Orte der Verbrechen des Nationalsozialismus erinnern. Von diesen 200 entfallen 155 allein auf die Bezirke, in denen es Gedenktafelkommissionen gibt: Mitte, Pankow, Charlottenburg-Wilmersdorf und Tempelhof-Schöneberg. Dass in diesen Bezirken die SPD den Bürgermeister bzw die Bürgermeisterin stellt und ein „linkes Lager“ aus SPD, Grünen und der Linken gegenüber der CDU in den Bezirksversammlungen ein überlegenes Stimmverhältnis hat (in Pankow etwa 41:7), sollte aber nicht zu vorschnellen Schlüssen führen. Kaum Aktivitäten im Bereich der Gedenktafeln entfaltet nämlich zwar das CDU-regierte Reinickendorf, aber genauso wenig Marzahn-Hellersdorf, mit einer Bezirksbürgermeisterin der Linken und einem Stimmverhältnis von 40:7. Zu vermuten ist, dass sich das Interesse an Erinnerungspolitik nicht nur vom Parteibuch oder der vermuteten Weltanschauung abhängt, sondern von bezirkspolitischen Umständen und auch von der Frage, was sozial dringlich ist.

Bei eingehender Betrachtung der Texte der Gedenktafeln fällt auf, dass sie oftmals bis zur Unkenntlichkeit des Anliegens kurz gehalten sind, und teilweise politisch undurchdachte oder sogar von den NationalsozialistInnen übernommene Begriffe enthalten. Fälle eines

gelingenen Umgangs mit dem Problem von komplexem Inhalt und wenig Platz gibt es selten. Im Folgenden einige Beispiele.

In der Bleibtreustraße 34/35 im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf befindet sich seit dem Dezember 1993 eine Gedenktafel, die an das jüdische Bildungswerk ORT erinnert:

„ORT – In diesem Hause befand sich seit 1921 das erste Büro des 1880 in St. Petersburg gegründeten ORT (Organisation – Rehabilitation – Training) zur Förderung von Handwerk und Landwirtschaft unter den Juden 1937 eröffnete ORT seine eigene Fachschule in Berlin, die zu einem Teil noch 1939 nach England gerettet werden konnte.“

Der Text dieser Tafel schafft es beispielhaft, der Vertreibung einer jüdischen Organisation zu gedenken, ohne den Nationalsozialismus zu erwähnen. ORT musste zwar gerettet werden – vor wem allerdings bleibt unklar. Einzig in dem kleinen Wörtchen „noch“ steckt der Hinweis auf Verhältnisse in Deutschland, die es erstaunlich erscheinen lassen, dass sich 1939 nach England gerettet werden konnte. Die Gedenktafel für die ORT-Organisation macht deutlich, wie ritualisiertes deutsches Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus völlig ohne die Benennung der Verantwortlichen, der TäterInnen auskommt.

Das gleiche gilt für die Gedenktafel auf dem Kurfürstendamm 154, ebenfalls in Charlottenburg-Wilmersdorf. Dort wird seit Juli 2005 dem Komponisten Walter Jurmann mit diesem Text gedacht:

„In diesem Haus lebte der Film- und Schlagerkomponist WALTER JURMANN, 12.10.1903 – 17.6.1971. Schöpfer unvergessener Melodien, 1933 emigrierte er über Paris nach Amerika.“

Wieder fungiert die Nennung der Jahreszahl als abschwächender Platzhalter für die Thematisierung des historischen Komplexes oder der deutschen TäterInnenenschaft. Walter Jurmann, so könnte man der Tafel entnehmen, emigrierte aus freien Stücken nach Amerika, zufällig im Jahre 1933. Über die Jahreszahl wird

zwar der Kontext „Nazi-Zeit“ assoziiert, wie er etwa durch Schule, Alltagswissen und Guido Knopp bekannt ist. In ihrer Ungenauigkeit und Verkürzung verschweigt sie aber mehr, als sie aussagt. Wenn „1933“ auf einer Gedenktafel steht, muss von der deutschen Gesellschaft, die anfangs nur Hitler und die NSDAP, später auch die „Volksgemeinschaft“ überwiegend begrüßte oder erduldet, nicht mehr geschrieben werden.

In der Burgstraße 28 im Bezirk Mitte befindet sich ein besonders bizarres Beispiel des deutschen Unbehagens in der Erinnerung. In dem Gebäude befand sich in den 1940er-Jahren das „Judenreferat“ der Gestapo:

„Die Burgstrasse war vor dem Zweiten Weltkrieg ein wichtiger Finanzstandort und für die wirtschaftliche Entwicklung Preußens von großer Bedeutung. Hier standen seit 1863 die Berliner Börse und von 1872 bis 1876 die Zentrale der Deutschen Bank. Im Haus Nr. 28 war von 1941 bis 1943 das Judenreferat der Staatspolizeistelle Berlin der Gestapo untergebracht. Es organisierte die Deportation von über fünfzigtausend Juden. Im Gebäude befand sich ein so genanntes Schutzhaftgefängnis.“

Der Text der Tafel verwendet völlig unreflektiert originäre Begriffe des Nationalsozialismus. Zum einen macht er nicht deutlich, dass die Kategorie „Jude“ eine Konstruktion der Nazis war, und das nicht erst seit den Nürnberger Gesetzen. Verschwiegen wird somit die Politik der NationalsozialistInnen, auf der Grundlage ihrer biologistischen Ideologie Menschen zu „Juden“ zu erklären. Dementsprechend wird auch die administrative Stelle, die die Organisation des Mords übernahm, ohne Kennzeichnung in ihrer Eigenbezeichnung als „Judenreferat“ in den Text aufgenommen. Die historische Blindheit gewinnt noch an politischer Tragweite, weil die AutorInnen der Tafel sich offensichtlich der Problematik der historischen Begriffe bewusst sind. Denn das „Schutzhaftgefängnis“ ist auf der Tafel ein „so genanntes“. Die „Juden“ dagegen sind eigentliche?

Es geht aber auch anders. Als letztes Beispiel soll die Gedenktafel für Agnes Wendland zeigen, dass Gedenktafeln nicht per se eine ungeeignete Form der



Erinnerungspolitik sind, sondern in besonderem Maße ein Erinnern erlauben, dass sehr vergesslich ist. Agnes Wendland ist für ihre Hilfe, die sie von den Nazis Verfolgten gewährte, in Yad Vashem 1975 als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt worden. Die Gedenktafel, die seit August 2006 in der Gethsemanestraße 9 im Bezirk Pankow zu sehen ist, nennt den gesellschaftlichen Zustand ab 1933 beim Namen: „NS-Diktatur“. Außerdem zeigt sie, dass es trotz Platzmangel möglich ist, den Opfern des Nationalsozialismus gerecht zu werden, indem nicht die Terminologie der Nazis aufgenommen wird. Dem Text der Tafel nach hat Agnes Wendland nämlich nicht „Juden“, sondern „als Juden verfolgte[n] Menschen“ geholfen. Das Gedenken ist an dieser Stelle so formuliert, dass es die spezifische Form der Verfolgung benennt – und die nationalsozialistische Ideologie damit nicht durchscheinen lässt.

Ob die in manchen Bezirken Berlins anzutreffende rege Aktivität in Sachen Gedenktafeln nun einer Demokratisierung des Gedenkens, der neuen Welle deutscher Geschichtsversessenheit oder anderen Faktoren zuzuschreiben ist, sei an dieser Stelle dahingestellt. Eine Menge interessanter Fragen wären weiter zu untersuchen. Wem wird wie in den letzten Jahren schwerpunktmäßig gedacht? Gibt es eine bestimmte Personengruppe, die im Zentrum des Gedenkens steht – helfende Deutsche etwa oder emigrierte Kulturschaffende? Oder doch durch den Nationalsozialismus zu Tode Gekommene? Welche Rolle spielen die Gedenktafelkommissionen der Bezirke als Schauplätze von Diskurskämpfen?

Gedenktafeln sind keine von der gesellschaftlichen Debatte unberührte Metallplatten, die unbeachtet an grauen Mauern hängen. Im Gegenteil: sie sind Ausdruck wie Produzentinnen der Debatten aktueller Erinnerungspolitik (Das zeigen nicht zuletzt die regelmäßigen Beschädigungen durch RechtsextremistInnen). An ihnen können die Richtungen und Richtungswechsel der Diskurse abgelesen werden – gleichzeitig wird mit ihnen auf relativ niedriger Ebene (Stadt, Bezirk, Ortsteil, Kiez) in diese Diskurse eingegriffen. Es macht eben einen Unterschied, ob Walter Jurmanns Emigration entkontextualisiert erzählt wird oder ob die Menschen, denen Agnes Wendland half, von den NationalsozialistInnen „als Juden“ verfolgt wurden. Im ersten Fall materialisiert sich die Erinnerung in der Gedenktafel als geschichtsfälschendes Alibi – wir haben die „Aufarbeitung der Vergangenheit“ in Form der Gedenktafel erledigt, nun können wir uns anderen Dingen zuwenden. Im letzten Fall dagegen wird mit der Erinnerung an das mutige Handeln von Agnes Wendland der gesellschaftliche Kontext benannt und damit der Horror des Nationalsozialismus.

Und die bewusste Erinnerung an diesen sollte niemals etwas sein, zu dem man „gerne geht“, wie Gerhard Schröder es auf das Holocaust-Denkmal bezogen formulierte, sondern immer an der jeweiligen Gegenwart aktualisiert und immer „schmerzhaft“ (Claude Lanzmann). Wenn die Erinnerungspolitik dagegen der Herstellung einer nationalen Identität dient, die endlich wieder nach vorne sehen will („Wer immer nur zurückschaut, sieht nichts als seinen Schatten“, mahnt die Hauptdarstellerin des erfolgreichen TV-Films „Dresden“ von 2006, der sich der Bestimmung der Deutschen als Opfer verschrieben hatte), dann vergisst sie willentlich einen Kern des historischen Ereignisses – die deutsche TäterInnenschaft – und verdeckt und verschweigt so mehr, als sie im Bewusstsein hält.

Henning Fischer

Henning Fischer studiert Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und hat 2008 ein Praktikum im Aktiven Museum gemacht.

KUNSTHANDEL IN BERLIN 1933-1945

Eine Projektskizze



Am 19. April 1999 wurde am Grundstück Köpenicker Straße 24a eine Tafel des Aktiven Museums zur Erinnerung an das Depot der „Aktion Entartete Kunst“ enthüllt, das sich von 1937 bis 1939 dort in einem Speichergebäude befand.

Berlin war in der Zeit der Weimarer Republik eine der wichtigen Metropolen des internationalen Kunsthandels, deren Attraktivität Galeristen aus anderen deutschen Städten anzog, unter ihnen zum Beispiel Karl Nierendorf aus Köln, der 1923 nach Berlin kam, und Alfred Flechtheim, der 1921 in Berlin seine größte Filiale eröffnete. Die Gegend zwischen Lützowplatz und Potsdamer Platz entwickelte sich zur Kunstmeile Berlins. Viele dieser Kunsthandlungen waren in jüdischem Besitz, so auch die bekannten Galerien von Alfred Flechtheim und von Paul Cassirer. Sie wurden nach 1933 aufgelöst oder an „Arier“ transferiert. Andere Galerien fielen wegen ihres linkspolitischen Kurses oder

ihrem Programm zeitgenössischer Kunst im Zuge der Verfehlung „Entarteter Kunst“ ab 1937 in Misskredit, so etwa die renommierte Galerie Nierendorf. Neben diesen bekannten Namen gab es aber viele kleinere, heute meist vergessene Kunsthandlungen, die ihre Tätigkeit noch einige Zeit im Windschatten fortsetzen konnten, wie zum Beispiel die Buch- und Kunsthandlung Amelang in der Kantstraße.

Andererseits profitierten Berliner Galerien und Auktionshäuser von den erzwungenen Kunstverkäufen der Emigranten und machten mit den weit unter Preis erworbenen Bildern riesige Geschäfte. Einige Galerien arbeiteten direkt im Auftrag der NS-Behörden, um Kunst für das von Hitler geplante „Führermuseum“ in Linz billig aus jüdischem Besitz zu erwerben.

Beispielhaft sei hier der Berliner Kunsthändler Hans W. Lange genannt, der 1937 die jüdische Berliner Galerie Graupe übernahm. Lange handelte vorwiegend mit verfolgungsbedingt beschlagnahmten Kunstwerken aus jüdischen Privatsammlungen. Ab Dezember 1938 war er als Auktionator direkt im Auftrage des Finanzamtes Berlin-Moabit tätig, das für das Deutsche Reich die beschlagnahmten Kunstwerke verwaltete. Die im Berliner Landesarchiv überlieferten Auktionskataloge von Hans W. Lange belegen, in welchem Umfang in diesen Jahren Werke auch der Alten Meister aus Privatbesitz verschert wurden.

Als im Juni 1937 die Inbeschlagnahmen „Entarteter Kunst“ in Museen, Galerien und Sammlungen begannen, eröffnete dies für einige Galerien neue Geschäftsperspektiven: Die NS-Regierung beauftragte vier Galerien – Ferdinand Möller und Karl Buchholz in Berlin, die Galerie Boehmer in Güstrow und die Galerie Gurlitt in Hamburg – mit dem devisabringenden Verkauf der beschlagnahmten Werke ins Ausland. Dabei handelte es sich um etwa 5.000 Gemälde und Skulpturen sowie 12.000 Grafiken und Zeichnungen, die in zwei Depots in dem Victoria-Speicher in der Köpenicker Straße 24a (für als geringwertig erachtete Werke) und im Schloss Niederschönhausen (für als gut verkäuflich eingeschätzte Werke) eingelagert wurden.

Die vier Galerien durften sich in beiden Depots Werke zum Verkauf aussuchen und erhielten zwischen 5 und 25 % des erzielten Verkaufspreises als Provision. Dabei gelang es ihnen jedoch neben ihren geschäftlichen Interessen auch, wichtige Werke vor der Vernichtung in Deutschland zu retten. Am 20. März 1939 wurden 4.829 als unverkäuflich eingestufte Werke im Hof der Feuerwache in der Köpenicker Straße verbrannt. Die im Krieg noch immer im Schloss Niederschönhausen verbliebenen Kunstwerke wurden im Keller des Reichspropagandaministeriums in der Krausenstraße 1 eingelagert.

Das letzte im Krieg erschienene „Branchen-Fernsprechbuch“ Berlins aus dem Jahre 1940 verzeichnet noch 51 „Gemäldehandlungen“ und 145 „Kunsthandlungen“ – wobei viele Geschäfte unter beiden Bezeichnungen aufgeführt sind. Dazu gehörten auch die oben genannte Kunst- und Buchhandlung Amelang, obgleich in „nicht-arischem“ Besitz, die Galerie Buchholz und die Galerie Gurlitt am Kurfürstendamm.

Vier Beispiele:

Die Galerie Flechtheim

Alfred Flechtheim (1878 Münster – 1937 London) gründet 1913 zunächst eine Galerie in Düsseldorf. 1925 besitzt er bereits fünf Kunsthandlungen, außer Düsseldorf, Köln, Frankfurt/Main und Wien seit 1921 auch eine Galerie am Lützowufer 13 in Berlin-Tiergarten. Neben französischer Kunst wird rasch die zeitgenössische deutsche Moderne zum Schwerpunkt seiner Tätigkeit. Außer an Privatkunden verkauft er in den Jahren 1913 bis 1933 über hundert zeitgenössische Kunstwerke an deutsche Museen. Unmittelbar im Frühjahr 1933 wird Flechtheim in der NS-Presse öffentlich als „Der Kunstjude Flechtheim“ angeprangert. In der Düsseldorfer Filiale entpuppt sich sein Kompagnon Alex Vömel als SA-Mann und eröffnet in den Räumen bereits Ende März 1933 eine Kunstgalerie unter eigenem Namen. Im Juni 1933 emigriert Alfred Flechtheim zunächst nach Basel, dann nach Paris und Anfang 1934 nach

London. In der Berliner Filiale bemüht sich Flechtheims Mitarbeiter Curt Valentin, die bisher von Flechtheim vertretenen Künstler an sich zu binden, nachdem die Galerie im November 1933 aus finanziellen Gründen von einem Wirtschaftsprüfer namens Alfred E. Schulte geschlossen worden war. Schulte setzt seinen Namen nun als angeblich „Bevollmächtigter“ Flechtheims ein. Die staatlichen Museen geben ihre Ankaufspolitik auf und stellen noch ausstehende Ratenzahlungen an Flechtheim ein.

Es gelingt Flechtheim in den folgenden Jahren noch gelegentlich nach Berlin zu fahren, um dort seine Frau zu treffen. Bei diesen Besuchen in Berlin kann er einen Teil seiner umfangreichen privaten Kunstsammlung, zu der Werke von Max Beckmann, George Grosz, Paul Klee, Otto Dix, Oskar Schlemmer, Karl Schmidt-Rottluff, aber auch von Henri Matisse, Jean Renoir, Vincent van Gogh, Paul Cézanne und George Braque gehören, aus seiner Wohnung in der Bleibtreustraße 15-16 retten. Einige dieser geretteten Bilder gibt Flechtheim in London bei einer Galerie in Kommission. Flechtheims Frau Betty zieht 1934 von der Bleibtreustraße in eine bescheidenere Wohnung in der Düsseldorfer Straße 44/45 um, in der sich nun viele weitere Bilder aus dem Flechtheim'schen Privatbesitz von heute unermesslichem Wert stapeln. 1936 lässt Alfred Flechtheim sich von seiner Frau scheiden, um sie zu schützen. In diesen Jahren pendelt er zwischen London und Paris und arbeitet als Kurator für Ausstellungen. Er stirbt am 9. März 1937 an einer Blutvergiftung in London. Betty Flechtheim nimmt sich am 15. November 1941, dem Vorabend ihrer Deportation in ein Vernichtungslager, in ihrer Wohnung in der Düsseldorfer Straße das Leben. Die Wohnung wird von der Gestapo zunächst versiegelt, die Kunstwerke und Möbel später beschlagnahmt.

Nach dem Krieg setzt die Berliner Entschädigungsbehörde die Geringschätzung der künstlerischen Moderne fort: Im Wiedergutmachungsverfahren, das Alfred Flechtheims Neffe Henry Alfred Hulisch als einziger Nachkomme 1951 einleitet, wird für die in der Wohnung von Betty Flechtheim verbliebene Kunstsammlung Alfred Flechtheims, zu der noch zum Zeitpunkt des

Selbstmordes Bilder von Karl Hofer, Paul Klee, George Grosz, Henri Matisse, Claude Monet und Jean Renoir gehört hatten, ein „Wiederbeschaffungswert“ von 8.000 DM festgesetzt, zuzüglich rund 12.000 DM für Möbel und Hausrat. Erst 1964 wird dem Alleinerben davon ein einmaliger Betrag von 10.000 DM ausgezahlt.

Die Galerie Nierendorf

Karl Nierendorf (1889 Remagen – 1947 New York, USA) eröffnet nach einer Banklehre an Ostern 1920 seine erste Galerie „Nierendorf Köln – Neue Kunst!“ im Kölner Haus Gürzenich. Schon im Namen drückt er sein programmatisches Bekenntnis zur zeitgenössischen Moderne aus, zu seinen ersten Künstlern gehört Otto Dix, was ihm bald den Namen „Nierendix“ einbringt. Im Oktober 1923 übernimmt er in Berlin von J.B. Neumann, der in die USA auswandert, dessen Graphisches Kabinett am Kurfürstendamm 232. 1925 zieht die neu gegründete „Galerie Neumann-Nierendorf“ in die Lützowstraße 32. Die Kölner Galerie wird im selben Jahr geschlossen. Ende der 1920er Jahre in finanzielle Schwierigkeiten geraten, zieht die Galerie 1930 in die Königin-Augusta-Straße 22 und von dort in eine kleine Parterrewohnung wieder in die Lützowstraße 19a um. 1933 trennt sich J.B. Neumann von Karl Nierendorf, der die Galerie nun mit seinem Bruder Josef unter dem Namen „Karl Nierendorf GmbH“ führt. Neuer Standort wird das Schöneberger Ufer im Haus des Vereins Berliner Künstlerinnen. Angesichts der noch bis Mitte der 1930er-Jahre unentschiedenen NS-Kunstpolitik gegenüber der Moderne und vor dem Hintergrund der Vorbereitungen auf die Olympischen Spiele 1936 kann Nierendorf noch mehrere Jahre Ausstellungen mit Künstlern wie Karl Hofer (1934) und Otto Dix (1935) veranstalten, obwohl beide Maler bereits aus ihren Lehrämtern entlassen worden sind. Zum Eklat kommt es bei der Eröffnung einer Ausstellung zum Gedenken an Franz Marc: die Eröffnungsrede wird verboten, der Katalog von der Gestapo beschlagnahmt.

Im Mai 1936 reist Karl Nierendorf erstmals in die USA – im Gepäck zwanzig Ölgemälde von Kandinsky.

Ein Jahr später eröffnet er direkt gegenüber des MOMA im Gebäude 20 West 53th Street die „Nierendorf Gallery“. Josef Nierendorf führt die Berliner Galerie weiter, die jedoch wegen finanzieller Engpässe in immer beengtere Räumlichkeiten umzieht: zunächst zum Kösterufer 65, dann im Januar 1939 in die Manfred-von-Richthofen-Straße, wo jedoch kein öffentlicher Verkauf mehr stattfindet. Einige Stammkunden bleiben der Galerie dennoch treu. Mit Kriegsbeginn wird die Galerie geschlossen, die Bilder werden in Pommern ausgelagert, wo sie beim Rückzug der deutschen Truppen verbrannt werden.

In New York gelingt es Karl Nierendorf in den Jahren 1940 bis 1945 fast vierzig Ausstellungen zu organisieren, in denen er nun überwiegend als „entartet“ verfemte Kunst aus Deutschland zeigt. Der geschäftliche Erfolg ermöglicht 1944 die Eröffnung einer Filiale in Los Angeles. 1946/47 unternimmt Karl Nierendorf eine Europa-Reise. Bald nach seiner Rückkehr in die USA stirbt er am 25. Oktober 1947 im Hause von Grete Mosheim in New York. Seinen Nachlass einschließlich der Kunstwerke übernimmt die Guggenheim Foundation. Zwei Jahre später, am 21. Juni 1949 stirbt auch Josef Nierendorf in Berlin – wenige Wochen vor der geplanten Wiedereröffnung der dortigen Galerie. Florian Karsch übernimmt zusammen mit Meta Nierendorf den Wiederaufbau der Galerie Nierendorf, die noch heute in der Hardenbergstraße 19 besteht. Das Archiv der Galerie befindet sich als Stiftung in der Berlinischen Galerie.

Die Buch- und Kunsthandlung Amelang

Die Buch- und Kunsthandlung Amelang wird 1806 in Berlin gegründet. Neben dem Buchhandel finden dort regelmäßig Kunstausstellungen unter dem Titel „Schwarz-Weiss-Salon“ statt, in denen Zeichnungen und Grafiken zum Verkauf ausgestellt sind. 1902 eröffnet Amelang ein großes Geschäft in der Kantstraße 164 in Charlottenburg. Die Leitung übernehmen im selben Jahr die Freunde Henry Benecke und Georg Eggers, Nachkommen der Firmengründer. Zusätzlich zum Buch-

und Kunsthandel gibt es dort nun eine Leihbücherei mit Lesesaal und ein Antiquariat. Nach dem Tode von Georg Eggers 1929 übernimmt Henry Benecke alleine die Geschäftsleitung.

Als der Buchhandel im Dezember 1933 der Reichsschrifttumskammer (RSK) unterstellt wird, müssen alle Buchhändler in einem Fragebogen den „Ariernachweis“ erbringen. Henry Benecke ist mit einer jüdischen Frau verheiratet und gilt nun als „jüdisch versippt“, sein Sohn Hans, der 1934 in das Geschäft eintritt, gilt als „Nicht-Arier“ und wird 1935 aus der RSK ausgeschlossen. Die Buchhandlung soll zum Jahresende 1935 geschlossen werden. Sie wird aus dem „Adressbuch des deutschen Buchhandels“ gestrichen, was bedeutet, dass Verlage ihre Lieferungen einstellen. Dem angesehenen Traditions-geschäft mit seinem renommierten Kundenstamm im Berliner Westen gelingt es, diese Schließung abzuwenden – zumindest im Vorfeld der Olympischen Spiele 1936. Henry Benecke wird jedoch Ende 1936 aufgrund einer Denunziation verhaftet und stirbt im Januar 1937 an einem Schlaganfall.

Sein Sohn Hans Benecke wird mit einer Sondergenehmigung in die RSK aufgenommen und kann das Geschäft weiterführen. Ihm gelingt es, bis zuletzt ein Sortiment verbotener Literatur für Stammkunden im Keller vorrätig zu halten und in der Leihbücherei mit fingierten Karteikarten auszuleihen. Von den Novemberpogromen 1938 ist die Buch- und Kunsthandlung Amelang nicht betroffen. Noch im Dezember 1943 findet dort eine Kunstausstellung mit Ölgemälden aus dem Nachlass von Melchior Lechter statt. Am 15. Januar 1944 wird das Gebäude in der Kantstraße 164 durch Bomben völlig zerstört – einschließlich der Kellerräume mit verbotener Literatur. Der Verkauf kann jedoch in einem kleinen Laden ohne Schaufenster Ecke Kantstraße/Joachimsthaler Straße fortgeführt werden. Im Dezember 1944 wird eine Stilllegung verordnet, die jedoch von einer Mitarbeiterin abgewendet werden kann, die als NSDAP-Mitglied formal die Leitung übernimmt. So endet der Verkauf erst im April 1945. Nach dem Krieg geht Hans Benecke nach Frankfurt/Main und eröffnet dort 1948 ein Antiquariat.

Die Galerie Karl Buchholz

Karl Buchholz (1901 Göttingen – 1992 Bogotá) kommt nach einer Buchhändlerlehre in Frankfurt/Oder 1920 nach Berlin zur Buchhandlung Gutenberg. 1925 gründet er mit seiner Frau zunächst eine Versandbuchhandlung in der eigenen Wohnung, im selben Jahr dann ein erstes Geschäft in der Taubenstraße 17/18 in Berlin-Mitte. 1926 zieht die Buchhandlung in die Mauerstraße 13/14 an der Ecke Leipziger Straße um. In den folgenden Jahren kommen weitere Filialen am Kurfürstendamm 30 und in der Königstraße 45 hinzu. In der Filiale am Kurfürstendamm zeigt Buchholz auch bereits Kunstausstellungen.

1934 wird ein großes Geschäft in der Leipziger Straße 119/120 eröffnet. Im Obergeschoss gibt es nun eine „Galerie für zeitgenössische Kunst“ mit Wech-selausstellungen. Karl Buchholz lernt den jüdischen Kunsthändler Curt Valentin kennen – früher Mitarbeiter der nun bereits geschlossenen Galerie Flechthelm und angesehener Experte der Moderne – und engagiert ihn für seine Galerie. Im Dezember 1934 findet die erste Ausstellung mit Werken von Werner Gilles, Karl Hofer, Renée Sintenis, Max Beckmann, Georg Kolbe und Karl Schmidt-Rottluff statt. Aufgrund des zunehmenden Druckes nach den Olympischen Spielen entlässt Buchholz 1936 seine jüdischen Mitarbeiter. Curt Valentin emigriert im Januar 1937 mit dem Auftrag nach New York, dort eine Filiale der Galerie aufzubauen. Bereits am 13. März 1937 findet die Eröffnung der „Buchholz Gallery – Curt Valentin“ in der West 46th Street statt. 1939 zieht die New Yorker Filiale in die East 57th Street um, in direkte Nachbarschaft zum MOMA und zur Filiale der ebenfalls aus Berlin stammenden Galerie Nierendorf. In Berlin können weiterhin Künstler gezeigt werden, die nun als „entartet“ gelten, wie Ernst Barlach, dessen Ausstellung in der Preußischen Akademie verboten wird.

Ab 1937 gehört Karl Buchholz zu den vier Galeristen, die im Auftrage der NS-Regierung den Verkauf „entarteter Kunst“ unter sich aufteilen. Karl Buchholz wählt Bestände aus den beiden Depots aus und bietet

sie über seine Filiale in New York sowie durch direkte Kontakte ausländischen Museen und Sammlern zum Verkauf an. Zur Vereinfachung des Verkaufs übernimmt er 1938 Hunderte Bilder aus den Depots in Kommission in seine Galerie, wo er ab Januar 1939 „Verfallskunst seit 1910“ anbietet. Zu den Kunden gehört auch Emmy Göring, die dort ein Bild von Ringelnatz erwirbt. Im Mai 1939 schließt er einen weiteren Vertrag mit dem Propagandaministerium über 418 Bilder aus den Depots, die als „Kommissionsware“ in seine Galerie kommen. Um Bilder zu retten, bietet Buchholz dem Propagandaministerium auch alte Gemälde zum Tausch gegen die Moderne an, so zum Beispiel 1941 ein Bild von Friedrich Loos gegen sieben Ölgemälde von Max Beckmann. Das erträgliche Geschäft ermöglicht die Gründung weiterer Filialen in Bukarest (1940) und Lissabon (1943). Im Bombenkrieg werden auch mehrere Läden von Karl Buchholz zerstört, so 1943 das Hauptgeschäft in der Leipziger Straße, es gelingt ihm jedoch, den Buch- und Kunsthandel in einem Laden in der Leipziger Straße 107 bis Kriegsende fortzuführen. Bereits im Sommer 1945 erhält Karl Buchholz eine Lizenz der Sowjetischen Militäradministration zur Wiedereröffnung dieses Geschäftes. Im November 1945 wird eine Buchhandlung und Galerie im Haus Unter den Linden 26 eröffnet. 1947 verlegt Karl Buchholz sein Geschäft in den Westsektor und eröffnet einen Laden in der Westfälischen Straße 87.

Die Projektidee:

Das Aktive Museum möchte in einer Ausstellung, die von einer Arbeitsgruppe des Vereins, möglicherweise auch von einer gemeinsamen AG mit etwaigen Kooperationspartnern, erarbeitet würde, bis zu 20 Berliner Kunsthandlungen mit ihren ganz unterschiedlichen Geschichten dokumentieren. Ähnlich wie in der im Spätherbst 2008 in der Humboldt-Universität präsentierten Ausstellung „Verraten und verkauft“ über jüdische Berliner Gewerbebetriebe soll anhand exemplarischer (auch nicht-jüdischer) Galerien und ihrer Besitzer ein breites Spektrum renommierter und unbekannter Kunsthandlungen präsentiert werden,

deren Bestand in den Jahren zwischen 1933 und 1945 bedroht oder zerstört wurde – oder die von den neuen Machtverhältnissen profitierten.

Anders als in der Ausstellung des Jüdischen Museums Berlin über „Raub und Restitution“, in deren Mittelpunkt die verschlungenen Wege einzelner Kunstwerke stand, liegt der Schwerpunkt unseres Projektes bei den Akteuren des Kunsthandels und ihrer jeweilig unterschiedlichen Geschichte.

Über einige Galerien sind in jüngster Zeit bereits Publikationen erschienen, so die Lebenserinnerungen von Hans Benecke über die Kunst- und Buchhandlung Amelang (1995), die Arbeit von Anja Walter-Ris über die Galerie Nierendorf (2003), Godula Buchholz' Erinnerungsband an ihren Vater Karl Buchholz (2005), Rahel Feilchenfeldts Ausstellung und Dokumentation über Paul Cassirer (2006) und das Buch von Ralph Jentsch über George Grosz und Alfred Flechtheim (2008). 2006 hat Angelika Enderlein eine Untersuchung zur Geschichte des Berliner Kunsthandels in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus veröffentlicht.

Christine Fischer-Defoy

Die Kunsthistorikerin und Autorin Christine Fischer-Defoy ist seit 1992 Vorsitzende des Aktiven Museums.

DAVOS – DIE ERSTE STATION DER WANDERAUSSTELLUNG „OHNE ZÜGERN. VARIAN FRY: BERLIN – MARSEILLE – NEW YORK“



Vom 3.-9. August 2008 fanden die Davoser Literatur- und Kulturtag unter der Überschrift „Thomas Mann und das ‚Herzasthma des Exils‘. (Über-)Lebensformen in der Fremde“ statt. Seit 1994 kommen in Davos Literatur- und Medizinhistoriker zusammen, um interdisziplinär das Werk von Thomas Mann unter verschiedenen Gesichtspunkten zu erkunden. So galt es bei diesem Symposium, die Krankheiten, die das Exil hervorrief, im Werk von Mann unter literaturwissenschaftlichen und medizinischen Aspekten zu beleuchten. Nun könnte es auf den ersten Blick durchaus befremdlich erscheinen, dass die Geschichte der Fluchthelfer um Varian Fry und der Flüchtlinge einen Platz unter den Mann-Forschenden und Literaturinteressierten findet. Aus der Familie Mann wurden jedoch Heinrich, Nelly und Golo von Fry mühevoll und risikoreich über die Pyrenäen in die Freiheit geleitet. Thomas und Erika waren wiederum maßgeblich an der Gründung des Emergency Rescue Committee (ERC) 1940 in den USA beteiligt. Mit Hermann Kesten stellten sie die ersten Notvisa-Listen für besonders gefährdete Schriftsteller in Frankreich zusammen. Thomas Mann bot sich auch immer wieder an, für das ERC an Fundraising-Veranstal-

tungen teilzunehmen, um mit seinem Weltruhm für die Verfolgten wirkungsvoll zu sprechen und unmittelbare monetäre Hilfe einzuwerben.

Diese historischen Verbindungslinien griff Thomas Rütten, Professor an der School of Historical Studies der University of Newcastle in England, bei den Davoser Kulturtagen auf. Er vermochte als einer der Mitveranstalter das Kuratorium davon zu überzeugen, unsere Ausstellung im Rahmenprogramm der Kulturtage zu präsentieren. Durch seine unermüdliche Hilfe konnten zudem für die Wandervariante der Fry-Ausstellung Gelder vom „Wellcome Trust“ und der Stadt Davos befördert werden. Hierfür möchte sich der Verein noch einmal sehr bedanken, denn durch diesen Anschub wurde es möglich, die Wanderausstellung letztlich mit weiterer großzügiger finanzieller Hilfe seitens der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin und des Zentralrats der Juden in Deutschland zu realisieren.

Dass sich die Schweiz als Abenteuer herausstellen sollte, war uns zu diesem Zeitpunkt noch nicht bewusst. Da wir die Ausstellung selbst im VW-Bus über die Grenze beförderten, übersahen wir im Vorfeld ein nicht unwesentliches Detail: Wir verließen die europäische Union mit „Handelsware“ – auch wenn es sich nicht so anfühlte. Konkret sichtbar wurde dies beim Ausfüllen einen viel(!)seitigen Carnets, in dem jede Schraube und das damit verbundene Gewicht aufgeführt werden musste. Ein Unterfangen, das einer Forschungsarbeit nahe kam. Doch diese Mühe wurde schon am bundesdeutschen Zoll honoriert: Nach Abfertigung der Zollbestimmungen erfolgte die Frage nach dem konkreten Inhalt. Als der Zollbeamte vom historischen Hintergrund erfuhr, standen ihm fast die Tränen in den Augen und er schlug vor, dass unser Verein doch einmal beim Bundespräsidenten für eine Ehrung vorgeschlagen werden solle (Vielen Dank!).

Der Unerfahrenheit in konkreten Grenzüberschreitungen inklusive „Handelsware“ geschuldet, suchten wir uns zum schweizerischen Übertritt einen Zollposten aus, an dem uns höflich mitgeteilt wurde: „Wir haben Samstag geschlossen“. Nach panikartigem Karten-

studium fanden wir doch noch einen geeigneten Ort für einen ordentlichen Grenzwechsel und passierten nach der Vergabe von Dutzenden von Stempeln die „Demarkationslinie“. Nach einer Qualifikation im Bergauf- und -abfahren gelang es in einer Non-Stop-Aktion, alle Schrauben bis zur Ausstellungseröffnung an ihren Platz zu bringen. An dieser Stelle sei „Davos Tourismus“ und den dort Beschäftigten besonders gedankt, die uns hilfreich zu Seite standen.

Mit der von Thomas Rütten wunderbar eingeleiteten Eröffnung am Montag, den 4. August 2008, konnten wir vielen Interessierten die Ausstellung vorstellen. Auch wenn die Präsentation nicht mehr den beeindruckenden dreidimensionalen Raumklang der Ausstellungsarchitektur von 2007 hat, rief sie beim Davoser Publikum Begeisterung hervor.

Nach der Rückkehr aus den Bergen kann die Ausstellung nun ab 2009 auf weitere Wanderschaft gehen. Wer immer daran Interesse hat, findet Details zum Inhalt, Volumen und den Ausleihbedingungen über unsere homepage.

An dieser Stelle möchten wir uns bei allen bedanken, die uns auf diesem Weg geholfen haben.

Angelika Meyer und Marion Neumann

Angelika Meyer und Marion Neumann haben die Ausstellung „Ohne zu zögern. Varian Fry: Berlin – Marseille – New York“ des Aktiven Museums kuratiert

„FLUCHTHILFE IST ÜBERLEBENSNOTWENDIG“

Rezension zu Anne Klein: Flüchtlingspolitik und Flüchtlingshilfe 1940-1942. Varian Fry und die Komitees zur Rettung politisch Verfolgter in New York und Marseille, Berlin 2007.



Anne Kleins aufwändig recherchierte Arbeit beginnt mit dem Appell „Menschlich zu sein und menschlich zu handeln ...“, wohl wissend, dass „Diejenigen ..., die sich ... auf die Seite der Opfer stellten, ... zwar den Gang der Ereignisse nicht stoppen [konnten]. Ihnen ist es jedoch zu verdanken, dass überhaupt Menschen vor der nationalsozialistischen Verfolgung gerettet werden konnten.“ (S. 9)

Ihrer Dissertation liegen ausgedehnte internationale Archivrecherchen zugrunde. Fokus der Arbeit ist die Aufarbeitung der Geschichte des Emergency Rescue Committees (ERC) in New York sowie des Centre Américain de Secours (CAS) in Marseille, beide verknüpft durch die Person Varian Frys. Beide Komitees trugen in den 1940er-Jahren erfolgreich dazu bei, nahezu 4.000 Menschen vor ihren nationalsozialistischen Verfolgern zu retten – auf zum Teil abenteuerlichen Wegen und oft mit illegalen Mitteln. Aus heutiger Sicht würde man diese Fluchthelfer als „Schleuser“ und „Schlepper“ bezeichnen. Durch die akribische Recherche Anne Kleins wird an diesem historischen Beispiel deutlich, wie wichtig es ist, Hintergründe und Folgen sehen zu wollen: Fluchthilfe ist überlebensnotwendig und wird durch ihre Kriminalisierung weder Flüchtlingen noch Fluchthelfern gerecht.

Der Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Frankreich im Mai 1940 veränderte die Situation für etwa 150.000 Flüchtlinge dramatisch: Mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens im Juni 1940 und der darin festgelegten „Auslieferung auf Verlangen“ an die deutsche Reichsregierung saßen die Flüchtlinge in der Falle. Bei ihren Versuchen, in die unbesetzte Zone und von dort aus weiter in sichere Drittstaaten zu fliehen, scheiterten viele. Die verschiedenen Flüchtlings- und Fluchthilfekomitees versuchten mit riesigem Engagement, Unterstützung zu geben – und scheiterten dennoch oft genug. Anne Klein zeigt dies sehr detailliert, indem sie viele Einzelschicksale in ihre Darstellung einarbeitet. Gut lesbar und zum Teil geradezu spannend erörtert sie die notwendigen und immer wieder wechselnden Strukturen dieser Fluchthilfearbeit. Sie belegt zudem kenntnisreich die antisemitische Politik in Vichy-Frankreich, die deutsch-französische Kollaboration sowie die restriktive Verfahrenspraxis der meisten US-Auslandsvertretungen in Südfrankreich.

Über die politischen Bedingungen in Frankreich hinaus erfahren die Leser mehr über die komplexe Politik der US-amerikanischen Einwanderungssituation – dem Land, das allein durch seine geografische Lage

am sichersten für die Verfolgten schien. Für die Flüchtlingspolitik der USA zeigt die Autorin auf, dass über die staatliche Politik hinaus unzählige Organisationen und Bürger beteiligt waren, um mehr Flüchtlinge als staatlicherseits erwünscht in die USA aufzunehmen, so beispielsweise der Joint (American Jewish Joint Distribution Committee), die HICEM (Hebrew Sheltering and Immigrant Aid Society) oder christlich liberale Vereinigungen wie die Unitarier, aber auch Exilvereinigungen und amerikanische Frauenorganisationen, die, unterstützt u.a. durch die Kolumnistin Dorothy Thompson und Eleanor Roosevelt, Einfluss und Druck ausüben konnten. Ohne dieses außerstaatliche Engagement hätten Notvisa-Programme keine Chance gehabt und auch Varian Fry wäre ohne die persönliche Hilfe von Eleanor Roosevelt nicht einmal bis nach Frankreich gekommen. Anne Klein verknüpft diese Netzwerke so virtuos, dass dieses „Drama“ der Flüchtlingspolitik mit den anfänglich verwirrenden Organisationskonstellationen zum Schluss ein logisches Ganzes ergibt.

Komplexer als die vorliegenden biografischen Arbeiten zu Fry aus dem angelsächsischen Raum verwebt die Autorin detailreich das Lebensschicksal von Varian Fry – seinen Erfolg und die Umstände seines „Scheiterns“. Fry steht mit dieser Publikation nicht mehr nur als ein „Hero“ im Mittelpunkt der Rezeption, sondern erfährt durch Anne Klein endlich eine Kontextualisierung im Diskurs der politischen Voraussetzungen und Entscheidungen europäischer, französischer und US-amerikanischer Flüchtlingspolitik. So ist diese Dissertation ein unverzichtbarer Beitrag zur nationalsozialistischen Verfolgungsgeschichte und auch ein Denkanstoß für die gegenwärtige Flüchtlingsproblematik.

Marion Neumann und Angelika Meyer

Die beiden Rezensentinnen haben die Ausstellung „Ohne zu zögern. Varian Fry: Berlin – Marseille – New York“ des Aktiven Museums kuratiert.

„ES SOLL VERMIEDEN WERDEN, JUDEN ZU ERMUNTERN, NACH JAPAN [...] ZU KOMMEN.“

Rezension zu Heinz Eberhard Maul: Warum Japan keine Juden verfolgte. Die Judenpolitik des Kaiserreiches Japan während der Zeit des Nationalsozialismus, München 2007.



Nach einer Einführung ins Thema schildert Heinz Eberhard Maul die ersten Begegnungen von Japanern und Juden im 19. Jahrhundert. Anfang des 20. Jahrhunderts erschienen die ersten japanischen Publikationen über das Judentum, später kamen die „Erkenntnisse“ der japanischen Offiziere hinzu, die von 1918 bis 1922 im

Norden der Mandschurei stationiert waren. Sie hatten als Teil der alliierten Interventionstruppe in Sibirien an der Seite weißrussischer Einheiten gegen die russische Revolution gekämpft und brachten die „Protokolle der Weisen von Zion“ mit. Der Sibirienkämpfer Yasue Norihiro fertigte 1924 eine Übersetzung ins Japanische an. Fortan wurde er von seinen Vorgesetzten als Spezialist für Jüdisches angesehen und 1926 studienhalber nach Palästina geschickt. 1934 veröffentlichte er „Die Juden“. Das Buch wurde von hohen Militärs gesponsert und empfohlen. Yasue warnte vor Macht und Einfluss der Juden, empfahl aber aus praktischen Gründen einen „gemäßigten“ Umgang mit ihnen. Ein anderer früherer Sibirienkämpfer, Inuzuka Koreshige, wurde nach der Veröffentlichung von „Das Judenproblem in Japan“ der entsprechende Spezialist der japanischen Marine. Er forderte die Juden auf: „Da ihr Juden außerhalb Asiens keine Heimstatt habt, ist es nur konsequent, dass Ihr den Heiligen Krieg des Geheiligten Japans aktiv unterstützt und Euren Beitrag leistet, um unsere Vorstellung von universeller Brüderlichkeit und der Schaffung einer Bleibe für alle Völker unter Japans Schutz zu realisieren.“

Nach 1933 kam es im Zuge des Ausbaus der deutsch-japanischen Beziehungen dann auch zu einem Austausch mit den neuesten antisemitischen Schriften und Institutionen in Deutschland. In den 1930er-Jahren wuchs die Zahl der japanischen Schriften über Juden auf 800 Titel an, davon viele Übersetzungen aus dem Deutschen. Allerdings waren in den deutsch-japanischen Beziehungen die Rassengesetze ein Störfaktor. Wenn auch Versuche gemacht wurden, Japaner, die auf das Verbot von Ehe und Liebesbeziehungen mit „Deutschblütigen“ oder die Behandlung als „Farbige“ beleidigt reagierten, zu beschwichtigen, stellte das Auswärtige Amt fest: „So bleibt doch bei dem übersteigerten Selbstgefühl und dem Misstrauen der ostasiatischen Völker die Rassenfrage eine gewisse Belastung für unsere Beziehungen.“

In diesen Jahren hatte Japan aber nicht nur mit den eigenen winzigen jüdischen Gemeinden zu tun: durch seine Eroberungspolitik auf dem Kontinent kamen

immer mehr Juden unter japanische Herrschaft, so als erstes durch die Gründung des Satellitenstaates Mandschurei die etwa 15.000 Mitglieder zählende jüdische Gemeinde in Harbin. Viele der ebenfalls zahlreich nach Harbin geflüchteten Weißrussen lebten dort nun ihren Antisemitismus aus, nicht nur in ihrer Zeitung Nas Put (Unser Weg), sondern auch in Form von Morden und vor allem Überfällen auf jüdische Geschäfte. Über die Hälfte der jüdischen Bewohner von Harbin zog daraufhin fort, denn die Militär-Geheimpolizei Kempetai duldet diese Gewalttaten über längere Zeit. Trotz internationaler Proteste über die Zustände in Harbin schlossen die Japaner erst 1937 das Büro der Zeitung Nas Put.

Ein Umdenken zeigte sich auch auf dem von der japanischen Besatzungsmacht in jenem Jahr veranstalteten ersten Kongress der Jüdischen Gemeinden im Fernen Osten. Es trafen sich dort offizielle Vertreter der jüdischen Gemeinden aus der Mandschurei, Nordchina und Japan, bei Nachfolge-Konferenzen waren auch Delegierte aus Shanghai dabei. Beiderseits wurde die Freundschaft beschworen. Programmatische Reden wie z.B. die des Generals Higuchi über die Vorurteilslosigkeit der Japaner und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den jüdischen Gemeinden wurden von deren Delegierten mit Erleichterung aufgenommen: „Wir [...] geben hiermit bekannt, dass wir entsprechend den bestehenden nationalen Gesetzen rassische Gleichheit und Gerechtigkeit erfahren und dass wir mit Japan und Mandschuko für eine neue Ordnung in Asien zusammenarbeiten wollen.“

Das alles hatte freilich nicht den von japanischer Seite gewünschten positiven Effekt in den USA. Maul schreibt dies vor allem dem Einfluss von Rabbi Stephen Wise zu, dem Vorsitzenden des American Jewish Congress und Mitgründer des Jüdischen Weltkongresses. Dieser lehnte Japan als faschistische Nation ab. Deshalb kam eine Unterstützung der Verbesserung der Beziehungen zu Japan durch amerikanische Juden für ihn ebensowenig in Betracht wie eine zugunsten Nazi-Deutschlands. Es fragt sich allerdings, ob die Japaner nicht den Einfluss der Juden auf die Regierung

der USA stark überschätzten, wenn sie meinten, mit einer guten Behandlung der in ihrem Machtbereich lebenden Juden in den USA für ihre Eroberungspolitik werben zu können.

Der „Judenspezialist“ Yasue, der bis 1938 in Harbin stationiert war, stellte danach seine Spezialkenntnisse dem japanischen Außenministerium und dessen 1934 gegründeten „Komitee für Moslem- und Judenprobleme“ zur Verfügung. Er war offensichtlich von dem großmächtigen Einfluss der Juden auf die Regierung der USA überzeugt und empfahl, die jüdische Karte auszuspielen. Die Juden in Fernost sollten gemeinsam mit den Japanern gegen die Sowjetunion kämpfen und eine neue Ordnung in Ostasien verwirklichen. „Auch mit Hilfe jüdischer Institutionen werden wir die Wahrheit über den chinesisch-japanischen Konflikt, unseren militärischen Feldzug und die Entwicklung in der Mandschurei bekannt machen. Damit können wir uns von dem Vorwurf befreien, Japan versuche, die Juden zu verfolgen. Ich bin sicher, dass Deutschland gegen solches Vorgehen keine Einwände hat. Die deutsche Vertreibungskampagne richtet sich gegen die Juden deutscher Nationalität, insgesamt 1,5 Millionen. Japan, wo kein Japaner jüdisch ist, kann nicht den gleichen Weg gehen wie Deutschland.“ Nicht nur die überhöhte Zahlenangabe zu den deutschen Juden weist dies alles als „Wunschdenken“ aus, wie Maul es milde bezeichnet.

Am 6. Dezember 1938 wurde auf einer sogenannten Fünf-Minister-Konferenz folgender Kompromiss vereinbart:

„1. Juden, die in den Hoheitsgebieten von Japan, Mandschuko und China leben, erhalten die gleiche gerechte Behandlung wie andere Ausländer und es werden keine Maßnahmen unternommen, sie auszugrenzen.

2. Neuzugänge werden gerecht und nach den allgemeinen Bedingungen der Einreisebestimmungen behandelt.

3. Es soll vermieden werden, Juden zu ermuntern, nach Japan, Mandschuko und China zu kommen, mit der Ausnahme von Kapitalisten oder Ingenieuren, die für uns von Nutzen sind.“

Betroffen waren von diesen Beschlüssen vor allem die jüdischen Flüchtlinge in Shanghai. In den ersten Jahren der Flucht von Juden aus Deutschland und Österreich dorthin hielt sich die japanische Besatzungsmacht zurück. Im Mai 1939 erarbeitete der japanische Konsul mit den „Judenspezialisten“ Yasue und Inuzuka einen Plan zur Ansiedlung der jüdischen Flüchtlinge in der Mandschurei oder in Nordchina, die Gründung eines jüdischen Kleinstaates unter japanischem Schutz. Auch eine Großansiedlung im Raum Shanghai wurde dem „Komitee für Moslem- und Judenprobleme“ vorgeschlagen. Aus den Plänen wurde aber nichts, zunächst, weil Japan sich mit dem am 27. September 1940 abgeschlossenen Dreimächtepakt mit Italien und dem Großdeutschen Reich verbündete, dann wegen des im Dezember 1941 begonnenen Krieges gegen die USA. 1940 wurde Yasue aus der Armee entlassen, 1942 wurde dann Inuzuka aus Shanghai abberufen – damit war ihr Einfluss auf die japanische Politik beendet.

Einen ausführlichen Exkurs widmet Maul dem Vizekonsul Sugihara, der 1940 in Kaunas über 2.000 jüdischen Flüchtlingen durch Ausstellung von japanischen Transitvisa zur Flucht aus Europa verhalf, einen weiteren Exkurs den wenigen jüdischen Flüchtlingen in Japan selbst, die bis auf wenige Prominente zu Beginn des Krieges nach Shanghai evakuiert wurden.

Derweil wurde 1941 der SS-Standartenführer Josef Meisinger als Polizeiverbindungsoffizier nach Tokyo versetzt. Er war Leiter der Gestapo in Warschau gewesen und hatte sich dort den Namen eines „Schlächters von Warschau“ erworben. Der großdeutsche Außenminister Ribbentrop fand viel Anlass, sich beim „lieben Himmler“ über die Eigenmächtigkeiten von Meisinger zu beschweren. Die von Ribbentrop kritisierten Berichte Meisingers handeln indes ganz selten und nur am Rande in allgemeinen Wendungen von den Shanghaier Juden.

In Shanghai hatte Kapitän Inuzuka die Hilfslieferungen für jüdische Flüchtlinge aus den USA auch nach dem Beginn des Krieges genehmigt und die Vertreterin der jüdisch-amerikanischen Hilfsorganisation Joint

Distribution Committee, Laura Margolies, in ihrer Arbeit unterstützt. Er wurde bei diesen Aktionen, aber auch in Aktiengeschäften von dem bereits seit 1931 in Shanghai lebenden wohlhabenden Geschäftsmann Fritz Kauffmann beraten. Maul schildert dann die infolge neuer Richtlinien aus Tokyo erfolgte Umstrukturierung des japanischen Büros für die jüdischen Flüchtlinge in Shanghai und eine – nicht protokollierte – Notsitzung im Juli 1942. Der japanische Vizekonsul traf sich mit Vertretern der verschiedenen jüdischen Fraktionen, der Alteingesessenen und der Flüchtlinge. Auf dieser Sitzung soll Vizekonsul Shibata berichtet haben, dass am Vortag unter deutschem Druck das japanische Büro für die jüdischen Flüchtlinge deren „Liquidierung“ beschlossen habe. Einzig über die Methode sei man nicht einig gewesen. Dies geht einzig auf das Zeugnis von Fritz Kauffmann zurück. Ergänzend gibt es noch die Erzählungen ehemaliger Shanghai-Emigranten, die Bauarbeiten für ein KZ oder Ähnliches beobachtet haben wollten. Selbstverständlich liefen unter den Flüchtlingen alle möglichen Gerüchte um. Alle Berichte stammen aus der Zeit nach den Ereignissen, Maul hat keinen zeitgenössischen Hinweis finden können. Mir kommt das Ganze daher nicht sehr wahrscheinlich vor. Ich zweifle nicht am bösen Willen der Deutschen, wohl aber daran, dass Meisinger in Tokyo und seine Untergebenen Kahner und Neumann in Shanghai so viel Einfluss auf die japanische Regierung oder auf das japanische Komitee für die jüdischen Flüchtlinge in Shanghai hatten. Zeigt nicht auch der Parallelfall des Verbündeten Italien, dass direkte Besetzung durch die Deutschen notwendig war, damit Teile Italiens in die „Endlösung“ einbezogen werden konnten? Maul betont mehrmals, dass die Geschichte vom geplanten Massenmord der jüdischen Flüchtlinge in Shanghai nicht wissenschaftlich nachweisbar ist. Historiografisch wirkmächtig ist sie gleichwohl bis heute: David Kranzler, der das Standardwerk über die Shanghai-Flüchtlinge schrieb, vertraute dem Zeugnis von Kauffmann, und von ihm übernahmen die Geschichte viele andere.

In Tokyo wurde auf einer „Verbindungskonferenz des Kaiserlichen Hauptquartiers und der Regierung“ am 11. März 1942 eine neue Politik gegenüber den

Juden im japanischen Machtbereich beschlossen und die Aufgabe der alten so begründet: „Die Gründe für eine Gewinnung fremden Kapitals und für die Vermeidung einer Verschlechterung der Beziehungen Japans zu den Vereinigten Staaten von Amerika und zu Großbritannien sind entfallen. Unsere Verbündeten Deutschland und Italien verfolgen bereits eine anti-jüdische Politik. [...] Damit braucht Japan hinsichtlich seiner Judenbehandlung keine besonderen Rücksichten mehr auf Dritte zu nehmen. [...] Deshalb werden die Juden weiter wie andere Staatsangehörige betrachtet, mit der Ausnahme, dass deutsche Juden als staatenlos betrachtet werden und die gleiche Behandlung erfahren wie Weißrussen. Staatenlosen ist es nicht erlaubt, die Nationalität eines Drittlands anzunehmen. Sie stehen unter besonders strikter Bewachung.“

Taten folgten auf diese Beschlüsse allerdings nachweisbar nur in Shanghai. Die auch in Harbin und an anderen Orten vorhandenen, jetzt staatenlosen, weil vom Großdeutschen Reich ausgebürgerten jüdischen Flüchtlinge wurden vielleicht von der Kempetai fortan schärfer überwacht, aber nicht, wie in Shanghai, eingesperrt. Auch für die staatenlosen Weißrussen, die angeblich wie die staatenlosen Juden behandelt werden sollten, änderte sich nichts.

Die aus japanischer Sicht so dringende strikte Überwachung der jüdischen Flüchtlinge in Shanghai führte dort zu der Errichtung des sogenannten Ghettos, des „Sonderbezirks“ (designated area) im Shanghaier Stadtteil Honkou, in dem die meisten staatenlosen jüdischen Flüchtlinge vom Mai 1943 bis zum August 1945 leben mussten. Maul schildert die Zustände dort und referiert auch die Nachkriegsaussagen, die auf Konferenzen der deutschen Entschädigungsbehörden gemacht wurden, als es um die Anerkennung der Zeit im Ghetto Shanghai für eine Haftentschädigung ging. Es folgt in Mauls Buch der Bericht über die Internierung des Personals der deutschen Botschaft in Tokyo und der Verhaftung von Josef Meisinger und allen anderen in Japan befindlichen NS- oder Gestapo-Funktionären durch die Amerikaner. Nach ausführlichen Verhören wurde Meisinger schließlich an Polen ausgeliefert,

wo ihm wegen seiner Taten in Warschau der Prozess gemacht wurde. Er wurde zum Tode verurteilt und am 8. März 1947 hingerichtet.

In einem Epilog, dem dann noch ein Anhang zum Forschungsstand, ein Literaturverzeichnis und ein Index folgen, fasst Maul die japanische Judenpolitik der Jahre von 1933 bis 1945 zusammen und ordnet sie in den größeren Rahmen der japanischen Geschichte ein, die, wie er ausführt, von einer starken Distanziertheit gegenüber allen fremden Einflüssen geprägt sei, aber auch von einem „traditionellen Kredo“, wie er es nennt, der Rassengleichheit bei gleichzeitiger Betonung von Japans Auserwählung und imperialer Bestimmung. Somit „waren für Japaner Juden nicht Juden per se, sondern in erster Linie Ausländer. [...] Sie blieben letztlich das, was Fremde – ob Jude oder Flüchtling, ob Besucher oder Gast – für Japan und seine Menschen immer waren und im Grunde auch immer bleiben sollen: Durchreisende.“ Prägnant formuliert er: „Deutscher Rassismus erniedrigte andere, japanisches Rassendenken erhöhte Japan. Deutschland folgte einem Diktator, Japan diente, wie seit über zwei Jahrtausenden, dem Kaiser. [Bezüglich der Juden, C.H.] interessierten weder Glaube noch Religion noch Geschichte und Sozialisation, sondern nur das, was dem Kaiserreich frommte. Nanking und Korea, die japanischen Dunkelkammern [Orte der schlimmsten japanischen Massaker und Kriegsverbrechen, C.H.], taugen als Korrelate zur Aufrechnung in diesem Zusammenhang nicht, sie gehören zu einer anderen japanischen Moral und unterliegen einer anderen Jurisdiktion.“

Das Problem mit diesen Verbrechen in Korea, Nanking und auch an anderen Orten ist freilich, dass es an „Jurisdiktion“ wie auch an Moral gefehlt hat, sie sind weder bestraft noch in Japan ins Geschichtsbewusstsein, z.B. die Schulbücher, aufgenommen worden. Das möchte ich Mauls Zusammenfassung hinzufügen.

Christiane Hoss

Christiane Hoss war von 1990 bis Anfang 2007 Geschäftsführerin des Aktiven Museums.

„IM ALLTAG BEWIESENER WIDERSTAND“

Rezension zu Siegfried Mielke (Hg.): *Gewerkschafterinnen im NS-Staat: Verfolgung, Widerstand, Emigration*, Essen 2008.



Der Politikwissenschaftler, Historiker und ausgewiesener Experte des Themenfelds nationale und internationale Gewerkschaftsgeschichte Siegfried Mielke hat einen neuen Sammelband vorgelegt. Dieser widmet sich den Biografien von Gewerkschafterinnen, die im Nationalsozialismus politisch verfolgt wurden. Der größte Teil der porträtierten Frauen war im Widerstand gegen das NS-Regime aktiv. An der Erarbeitung der 40 unterschiedlich langen Biografien waren 19 AutorInnen beteiligt. Dass sich die historische Widerstandsforschung bisher so gut wie gar nicht mit Gewerkschaftsfunktionärinnen beschäftigt hat, lässt sich nach Ansicht des Herausge-

bers darauf zurückführen, dass es bis 1933 nur sehr wenigen Frauen gelungen war, eine Spitzenposition in den männerdominierten Gewerkschaftsorganisationen zu erreichen und sie von der Widerstandsforschung somit als „zu vernachlässigende Menge“ angesehen wurden. Schätzungen zufolge lag der Frauenanteil am aktiven politischen NS-Widerstand bei weniger als zehn Prozent, nur etwa fünf bis zehn Prozent aller durch die Gestapo politisch Verfolgten waren Frauen. Dies sind Zahlen, die auch für die politische Teilgruppe der Gewerkschafterinnen anzunehmen sind. Nach Meinung des Herausgebers ist dies jedoch noch keine Erklärung für die „stiefmütterliche Behandlung des Beitrags von Gewerkschafterinnen im Widerstand“ (S. 9). Grund sei vielmehr ein zu eng gesteckter Untersuchungsrahmen, in dem die spezifischen Aspekte des Widerstands von Frauen bisher nicht zum Tragen kamen.

In dem Sammelband werden die Lebenswege von ganz unterschiedlichen Frauen vorgestellt. Dabei sind alle politischen Schattierungen der Arbeiterbewegung vertreten: Beispielhaft erwähnt sei hier die Sozialistin Anna Beyer, die bis zu ihrer Emigration 1937 im verbotenen Internationalen Sozialistischen Kampfbund in Köln und Frankfurt/M. aktiv war. Danach beteiligte sie sich in Paris an der Herausgabe von politischen Schriften, die illegal nach Deutschland gebracht wurden. Ende der 1930er-Jahre flüchtete Beyer nach England und engagierte sich dort in der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien. Oder die Kommunistin Martha Chwalek, die politisch im Schatten ihres Ehemannes Roman stand. Bis zu ihrer Verhaftung im Januar 1934 war sie für die illegale Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) in Berlin als Sekretärin tätig, wurde dann vom Volksgerichtshof wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu drei Jahren Gefängnis verurteilt und nach Verbüßung der Haftstrafe bis 1938 von der Gestapo in Konzentrationslagern festgehalten.

Der Herausgeber löst sich aus dem engen Rahmen der NS-Widerstandsforschung, wonach Widerstand „in erster Linie der Knüpfung von Netzwerken und der Bildung von Kadergruppen oder der programmatischen Diskussion“ (S. 9) diene. Laut Mielke

ging es beim Widerstand von Frauen nicht um Sabotage in der Rüstungsproduktion oder Schmieden von Umsturzplänen, sondern um weitaus weniger spektakuläre Handlungen, die aus einer „spezifisch weiblichen Motivationslage heraus“ entstanden „und in weiblichen Handlungsfeldern“ (S. 10) angesiedelt waren. Er folgt damit einer Position Peter Steinbachs, nach der nur „eine Widerstandsforschung, die den Widerstand ‚in seiner Bedeutung für alltäglich zu gestaltende Lebensbereiche‘ mit berücksichtigt“ (S. 10), dem Beitrag von Frauen im NS-Widerstand gerecht wird. Herausgeber und AutorInnen rücken daher auch die Hilfe für Verfolgte, Bedrohte und Entrechtete in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung – Handlungen, die als „im Alltag bewiesener Widerstand“ (S. 10) anzusehen seien und bisher nur in Ansätzen untersucht wurden.

Derartigen Widerstand leistete beispielsweise Clara Stahlberg, vor 1933 Hauptvorstandsmitglied im Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter. Nach 1933 stellte sie für zahlreiche Verfolgte falsche Papiere aus, mit denen diesen die lebensrettende Ausreise gelang. Darüber hinaus besorgte sie Untergetauchten wie Jakob Kaiser und seiner Mitarbeiterin Elfriede Nebgen Lebensmittel und Unterkunft. Auch Luise Kähler, in der Weimarer Republik SPD-Abgeordnete im Preußischen Landtag und als einzige Frau Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates sowie in leitender Position im Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs tätig, stellte in der NS-Zeit ihre Wohnung für konspirative Treffen ehemaliger Gewerkschafter zur Verfügung.

Alle im Buch aufgeführten Gewerkschafterinnen waren nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen unterschiedlichster Art ausgesetzt. Dreiviertel der portraitierten Frauen wurden zu Haftstrafen verurteilt, nach deren Verbüßung die Gestapo nicht selten die Überstellung in ein Konzentrationslager anordnete. Rund ein Drittel der vorgestellten Frauen waren Kommunistinnen und gehörten damit einer Gruppe an, gegen die sich die Gestapo besonders unnachgiebig zeigte: von ihnen musste jede Zweite eine KZ-Haft über sich ergehen lassen. Unter den sozialdemokratischen

Gewerkschafterinnen, deren Lebensweg in dem Buch nachgezeichnet wird, war von diesem Schicksal „nur“ jede Zehnte betroffen. Um sich den Verfolgungsmaßnahmen zu entziehen, wählte jede Fünfte den Weg ins Exil, wobei auch hier der Anteil der Kommunistinnen mit 50 % überproportional hoch war.

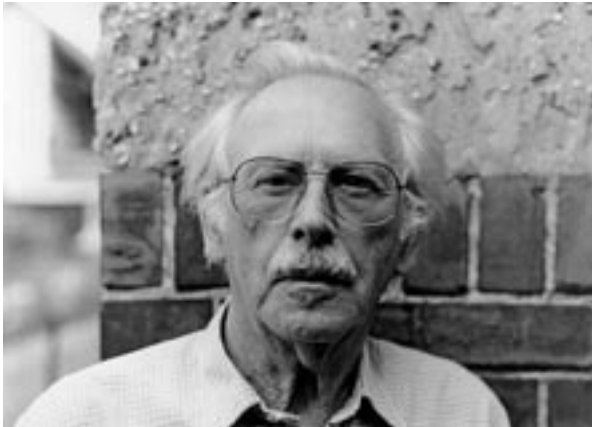
In dem Sammelband werden nicht nur Verfolgung, Widerstand und Emigration betrachtet, sondern auch die Lebenswege vor 1933 und nach 1945. Alle politisch verfolgten Frauen wichen in ihren Lebensläufen „von dem üblichen biografischen Verlaufsmuster der Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik wesentlich ab“ (S. 18). Sie waren entweder ledig und kinderlos oder mit einem ebenfalls politisch engagierten Mann verheiratet. Ferner gingen sie alle, selbst als Ehefrau und sogar als Mutter, einer Berufstätigkeit nach und engagierten sich gesellschaftlich. Nach 1945 beteiligten sich fast alle vorgestellten Frauen, soweit sie die NS-Zeit überlebt hatten und körperlich dazu in der Lage waren, am gewerkschaftlichen und politischen Wiederaufbau in Deutschland. Allerdings war ihr Wirken weiterhin auf die traditionellen Arbeitsbereiche beschränkt: Sowohl in den Westzonen bzw. der BRD als auch in der Sowjetisch Besetzten Zone bzw. der DDR waren die wenigen Frauen, die in den männerdominierten Organisationen überhaupt gewerkschaftliche oder parteipolitische Führungspositionen erreichen konnten, in den Arbeitsbereichen Frauen und Soziales tätig.

Der Band mit den ungewöhnlichen Lebensläufen der 40 Gewerkschafterinnen, deren Namen heute nur noch wenigen Personen bekannt sind, ist spannend und lesenswert. Zu bedauern ist lediglich, dass er keine Fotos der vorgestellten Frauen enthält. Allerdings wäre Gelegenheit, diese Kritik konstruktiv umzusetzen: An einem weiteren Sammelband mit Biografien von außergewöhnlichen und couragierten Gewerkschafterinnen im „Dritten Reich“ wird bereits gearbeitet.

Marion Goers

Marion Goers ist Politikwissenschaftlerin und Vorstandsmitglied des Aktiven Museums

NACHRUF AUF WOLFGANG SZEPANSKY (1910-2008)



Kennengelernt habe ich Wolfgang Szepansky im Sommer 1982, kurz nachdem ich aus West-Deutschland nach Berlin-Steglitz gezogen war. Das dortige Kunstamt veranstaltete einen Künstlermarkt, und Wolfgang Szepansky hatte dort einen Stand mit seinen Graphiken, über die wir ins Gespräch kamen. Ein Jahr später gehörte er wie ich zu den Gründungsmitgliedern des Aktiven Museums, und fortan war er, oft zusammen mit seiner Frau Gerda, ein treuer Teilnehmer unserer Aktionen. So erfuhr ich irgendwann von ihm, dass er nach 1945 zur ersten Generation der Neulehrer an der Abteilung für Kunsterziehung der Berliner Kunsthochschule gehört hatte, bis dies ein Berufsverbot des West-Berliner Senats beendete. 1989 führte ich mit ihm darüber ein Interview, in dem es auch um seine vorherigen Erfahrungen in der NS-Zeit ging.

Geboren am 9. Oktober 1910, wächst Wolfgang in einer künstlerisch interessierten Berliner Arbeiterfamilie auf, sein Vater ist Dekorationsmaler, die Mutter Stickerin. Beide sind von den Ereignissen des Ersten Weltkrieges politisiert und engagieren sich in einer Agitprop-Gruppe mit dem Namen „Roter Hammer“, zu der bald auch ihr Sohn Wolfgang gehört. 1933 wird er Mitglied einer Fünfergruppe des KJVD in Kreuzberg.

„Mit dieser Gruppe hatten wir beschlossen, eine Parole an der Schultheiss-Brauerei in der Methfesselstraße anzubringen: ‚Nieder mit Hitler. KPD lebt. Rot Front!‘. Und das habe ich natürlich logischerweise als Maler gemalt. Und dann bin ich losgefahren mit dem Fahrrad und unten an der Ecke kam plötzlich SA und die haben mich festgenommen. Und damit fing praktisch meine Verfolgungszeit und mein Leidensweg an.“ Nach sechs Wochen Haft in der Prinz-Albrecht-Straße und im KZ Columbia-Haus wird Wolfgang Szepansky entlassen. Am 1. Februar 1934 flieht er über die Grenze nach Holland. Dort arbeitet er in einer kommunistisch orientierten Emigrantenorganisation mit. Ende 1939 wird er verhaftet und 1940 in einem Lager für Emigranten in Hoek van Holland interniert. „Von dem Internierungslager bin ich dann gleich 1940 beim Einmarsch in Holland an die Deutschen ausgeliefert worden.“ Im Oktober 1940 wird er in das KZ Sachsenhausen gebracht und 1940 wegen „Rassenschande“ (weil seine Frau eine holländische Jüdin ist) zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt – ein Glück, denn dort sind die Überlebenschancen größer als im KZ.

„Und nach zwei Jahren kam ich mit derselben Nummer wieder nach Sachsenhausen und habe dort bis zum Schluss gesessen. In Sachsenhausen habe ich einiges gezeichnet und wir haben dort auch Theater gespielt. Dieses Theaterspielen war für uns das echte Leben, und das andere war die Hölle, denn Du hast am Morgen ja nicht gewusst, ob Du den Abend erlebst.“ Im April 1945 beginnt der Todesmarsch der Gefangenen von Sachsenhausen nach Schwerin. Wolfgang Szepansky kann aus der Effektenkammer noch eine wärmende Jacke ergattern. „Auf diese Zivilkleidung wurde hinten ein gelbes oder rotes Kreuz gemalt, als Zielscheibe, damit man sieht: Das ist ein Häftling. Diese Jacke habe ich dann noch getragen als Lehrer, habe dieses gelbe Kreuz auf dem Rücken rausgebürstet, es war noch ganz schwach zu sehen, aber ich hatte nichts anderes.“

Ende Mai 1945 kommt Wolfgang Szepansky nach Berlin zurück und wird zum 1. Juli 1945 als „Schulhelfer“ in Tempelhof eingesetzt. „Und dann kamen wir in diese Klassen herein und fanden dort Kinder vor, die

schwere Zeiten hinter sich hatten: Luftschutzkeller, Kinderlandverschickung, Flucht, Tod des Vaters oder der Mutter – und dann haben wir die Kinder erzählen lassen, sodass wir den ersten Tag ohne weiteres mit großem Erfolg durchstanden!“ Wolfgang Szepansky wird Kunstlehrer und nimmt 1948 an einem Zweijahreskurs der Berliner Kunsthochschule teil, der parallel zur Unterrichtspraxis stattfindet.

Doch der beginnende Kalte Krieg macht der Karriere ein Ende: „Am 6. August 1951, dem Hiroshima-Tag, habe ich Flugblätter verteilt, und es hat keine drei Minuten gedauert, da war die Polizei da und ich wurde wieder verhaftet.“ Szepansky erhält wenig später einen „Dienststrafbefehl“ und darf die Schule nicht mehr betreten. „Das war natürlich ein ganz schwerer Schlag, denn ich war gerne Lehrer und habe das eigentlich mit Begeisterung gemacht.“ Mit der Entlassung wird ihm auch der Status als „Opfer des Faschismus“ aberkannt. Er findet eine Stelle als Leiter des Kulturklubs der Deutschen Reichsbahn. Seit den 1970er-Jahren wird er häufig als Zeitzeuge in Schulen eingeladen – bis dies den Mitgliedern der VVN durch den West-Berliner Senat untersagt wird. „Das Verbot ist dann später im Abgeordnetenhaus rückgängig gemacht worden, und sogar Frau Laurien hat ‚mit Zahnschmerzen‘ zugestimmt, wie sie mir sagte.“ So kann er weiteren Generationen von Schülern über seine Erfahrungen berichten. Am 23. August 2008 ist Wolfgang Szepansky in Berlin gestorben.

Christine Fischer-Defoy

GEDENKEN – ERINNERN – DOKUMENTIEREN – INFORMIEREN.

Studienreise zur NS-Erinnerung in Nordbayern

Franken-Akademie Schloß Schney e.V.
in Zusammenarbeit mit dem Aktiven Museum e.V.
Seminarleitung: Martin Becher, Bamberg

21. Mai – 24. Mai 2009, Schloß Schney, Lichtenfels

75 Jahre nach Beginn der 12-jährigen Terrorherrschaft ist das Kapitel des Nationalsozialismus in Deutschland immer noch nicht abgeschlossen. Durch die Öffnung der Archive in Osteuropa kommen immer mehr Informationen über die Gewaltherrschaft zum Vorschein; viele bürgerschaftlich motivierte Einzelinitiativen forschen in ihrer direkten Umgebung und bringen neue Erkenntnisse zutage. Großstädte und kleine Ortschaften, Kirchengemeinden und Betriebe entdecken interessante Details ihrer Geschichte. Mit etwas Verspätung ist diese Entwicklung inzwischen auch in Franken und der Oberpfalz nicht mehr nur eine Angelegenheit einiger weniger Eingeweihter.

Diese Studienreise gibt einen Überblick über große staatliche Einrichtungen in der Region, die sich mit der NS-Geschichte auseinandersetzen: die neu gestaltete Gedenkstätte Flossenbürg, sowie das „Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände“ in Nürnberg. Dort gibt es außerdem die Gelegenheit, die Auseinandersetzung eines bedeutenden Unternehmens mit der eigenen Geschichte während des NS-Systems anhand der Deutschen Bahn AG kennenzulernen. Weiterhin soll die Verfolgung und Entrechtung von Juden, die schließlich zu ihrer Vernichtung führte, in zwei Regionalstudien dargestellt werden. In Altenkunstadt können wir eine ehemalige Synagoge besichtigen, die heute ein kultureller Ort ist und dessen Frauenempore eine kleine Dokumentation enthält. Schließlich erhalten wir einen Projektbericht über die Deportationen von Jüdinnen und Juden aus Franken zwischen 1941 und 1944.

Programmverlauf:

Donnerstag, 21. Mai 2009

- bis 14.00 Anreise der Teilnehmenden
- 14.00 – 15.00 Zimmerverteilung, Begrüßung, Kaffee, tagungsdidaktische Hinweise
- 15.00 – 19.00 Fahrt nach Altenkunstadt/Burgkunstadt (Bus), dort: *Josef Motschmann*, Schönbrunn: Jüdisches Leben in einer fränkischen Kleinstadt vom Mittelalter bis zur Deportation 1942 (wetterabhängig evtl. Besuch des Jüdischen Friedhofs)
- 19.00 Abendessen

Freitag, 22. Mai 2009

- 8.00 Frühstück
- 9.00 Fahrt nach Nürnberg (Bahn) zum Reichsparteitagsgelände, dort:
- 10.30 – 13.30 *Martin Becher*: Das Reichsparteitagsgelände – eine Begehung, mit anschließender Besichtigung der Dauerausstellung „Faszination und Gewalt“
- 13.30 – 14.30 Mittagspause
- 14.30 – 16.00 Gespräch mit *Eckart Dietzfelbinger*, verantwortlicher Historiker für das „Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände“
- 16.00 Weiterfahrt zum Deutsche Bahn Museum, dort:
- 16.30 – 18.00 *Dr. Rainer Mertens*, verantwortlicher Historiker: Der Umgang der Deutschen Bahn AG mit ihrer Rolle im Nationalsozialismus anhand der Dauerausstellung im Deutsche Bahn Museum
- 18.00 Rückfahrt nach Schney
- 19.30 Abendessen

Samstag, 23. Mai 2009

- 7.45 Frühstück
- 8.30 Fahrt nach Flossenbürg (Bus), dort:
- 10.30 – 12.00 Rundgang über das Gelände (N.N.)
- 12.00 – 13.30 Besichtigung der neuen Dauerausstellung (N.N.),
- 13.30 Mittagspause
- 14.30 – 17.30 *Jörg Skriebeleit*, Weiden, Leiter der Gedenkstätte (angefragt): Die besondere Bedeutung der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg in der Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus
- 17.30 Rückfahrt nach Schney
- 19.30 Abendessen

Sonntag, 24. Mai 2009

- 7.30 Frühstück
- 8.30 – 10.00 *Dr. Ekkehard Hübschmann*, Harsdorf: Die Deportationen von Jüdinnen und Juden aus Franken – aktueller Forschungsstand und derzeit offene Fragen
- 10.00 – 10.45 Seminauswertung, Abschlussgespräch

Ergänzt werden können an den Abenden Filmvorführungen; von Interesse könnte dabei ein Dokumentarfilm des Bayrischen Rundfunks sein, die in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationszentrum Nürnberg entstanden ist und die NS-Zeit in Franken in bisher unveröffentlichten Bildern zeigt.

Die Reisekosten betragen inklusive Zuganreise von Berlin, Busfahrten nach Flossenbürg und Altenkunstadt, Zugfahrt nach Nürnberg und drei Übernachtungen im Doppelzimmer mit Vollpension 190 Euro pro Person (Einzelzimmerzuschlag 10 Euro).

Anmeldungen sind bitte bis zum 20. Februar 2009 an die Geschäftsstelle des Aktiven Museums zu richten – die Mindestteilnehmerzahl beträgt 15 Personen.

PUBLIKATIONEN DES AKTIVEN MUSEUMS

zu beziehen über die Geschäftsstelle

Verraten und verkauft. Jüdische Unternehmen in Berlin 1933-1945

2., verbesserte Auflage

Berlin 2009

5,00 Euro

Ohne zu zögern. Varian Fry: Berlin – Marseille – New York,

2., verbesserte Auflage

Berlin 2008

20,00 Euro

Vor die Tür gesetzt.

**Im Nationalsozialismus Verfolgte Berliner Stadtverordnete und
Magistratsmitglieder 1933-1945**

Berlin 2006

15,00 Euro

Gedenktafeln in Berlin.

Orte der Erinnerung an Verfolgte des Nationalsozialismus 1991-2001

Christiane Hoss / Martin Schönfeld, Berlin 2002

5,00 Euro

HAYMATLOZ – Exil in der Türkei 1933-1945

Berlin 2000

20,00 Euro

1945: Jetzt wohin? Exil und Rückkehr nach Berlin

Berlin 1995

10,00 Euro

Gedenktafeln in West-Berlin.

Orte der Erinnerung an Verfolgte des Nationalsozialismus

Martin Schönfeld, Berlin 1993

unentgeltlich gegen Portoerstattung

Mythos Antifaschismus –

Ein Traditionskabinett wird kommentiert

Kulturamt Prenzlauer Berg (Hg.), Berlin 1992

unentgeltlich gegen Portoerstattung

IMPRESSUM

Aktives Museum

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin
Tel. +49(0)30-263 9890 39
Fax +49(0)30-263 9890 60

info@aktives-museum.de
www.aktives-museum.de

Vorstand

Dr. Christine Fischer-Defoy Vorsitzende
Sabine Hillebrecht stellvertr. Vorsitzende
Christine Kühnl-Sager stellvertr. Vorsitzende
Robert Bauer
Ursula Büchau
Marion Goers
Angelika Meyer
Monica Puginier
Marianne Wüst

Geschäftsführer

Kaspar Nürnberg

Bildrechtenachweis

Titel Christine Kühnl-Sager, Berlin
S. 2 Christine Kühnl-Sager, Berlin
S. 4 Dieter Arbeiter, Berlin
S. 7 Christine Kühnl-Sager, Berlin
S. 8 Marion Neumann, Berlin
S. 9 Christine Kühnl-Sager, Berlin
S. 13 Henning Fischer, Berlin
S. 14 Jürgen Henschel, Berlin
S. 19 Angelika Meyer, Berlin
S. 28 Christine Fischer-Defoy, Berlin

Neue Mitglieder sind willkommen!

Jahresbeitrag Einzelmitglied:
55,00 Euro, ermäßigt 27,50 Euro

Jahresbeitrag Vereinigungen:
165,00 Euro, ermäßigt 82,50 Euro

Spendenkonto

Berliner Sparkasse
BLZ 10050000
Konto Nr. 610012282

IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82
BIC: BELADEVB33XXX

Redaktion

Kaspar Nürnberg

Konzept und Gestaltung

Lehmann & Werder Museumsmedien
in Kooperation mit à la prima, Grafik Design

Druck

MK Druck

AKTIVESMUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin

www.aktives-museum.de

Tel 030 · 263 9890 39

Fax 030 · 263 9890 60

info@aktives-museum.de